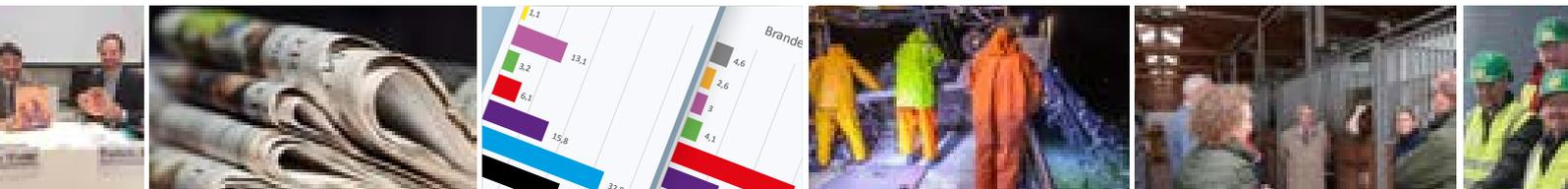


22. November
7/2024
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Mecklenburg-Vorpommern konsequent gegen Wetterextreme wappnen +++ Anträge zur Migrationspolitik
+++ Für den Erhalt der Pressevielfalt +++ Ehemaliger Landtagspräsident Rainer Prachtl verstorben +++ Informationsbesuche
von Fachausschüssen +++ Enquete-Kommission in arbeitsreicher Phase +++ Dankesveranstaltung zum UNESCO-Welterbe +++



3	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	“Mecklenburg-Vorpommern konsequent gegen Wetterextreme wappnen – Nicht Migration, sondern die Klimakrise bedroht das Land“ (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)
4 - 11	Auszüge aus der Originaldebatte	Jeannine Rösler (DIE LINKE), Minister Christian Pegel, Thore Stein (AfD), Daniel Peters (CDU), Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD), Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sandy van Baal (FDP), René Domke (FDP)
12 – 23	Berichte	Debatte zu Umgang mit Islamismus Diskussion um Migrationspolitik Tageszeitungen sollen unterstützt werden Landtagswahlen in drei Bundesländern Gewappnet für Krisen und Gefahren Wärmeplanung so einfach wie möglich
24 - 26	Meldungen	DIE LINKE fordert mehr Geld für Jobcenter Bürgerbeauftragter legt Jahresbericht vor Bundesreform der Notfallversorgung „Sea-Ranger“-Weiterbildung für Küstenfischer gefordert Forderung nach einem ganzheitlichen Radverkehrskonzept MV FDP fordert umfangreiche Digitalisierungsstrategie Pflege – Dringender Reformbedarf
27	Gedenken	Ehemaliger Landtagspräsident Rainer Prachtl gestorben
28 - 32	Befragung der Landesregierung	
33	Gesetzgebung	
34 - 36	Ausschüsse	Finanzausschuss zu Besuch in Redefin Wirtschaftsausschuss in Anklam und Pasewalk Rückblick und Ausblick der Enquete-Kommission
37 - 39	PANORAMA	Schwerin ist UNESCO-Welterbe Drei Tage Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit
40	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 20.10.2024



Jeannine Rösler (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) am Rednerpult während der Aktuellen Stunde.

Foto: Uwe Sinnecker

Mecklenburg-Vorpommern konsequent gegen Wetterextreme wappnen

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE

In einer Aktuellen Stunde thematisierte DIE LINKE, dass Bedrohungen durch die Klimakrise die Probleme der Migration weit überstiegen. Dem konnte die Opposition nicht folgen, denn das Leben der Menschen werde durch die Migration deutlich beeinflusst. Darum sei die Kombination der beiden Themen nicht hilfreich.

Zunehmende Extremwetterlagen richteten allein in der EU Schäden in Milliardenhöhe an, führte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) an. Der „menschengemachte Klimawandel“ sei die reale Bedrohung Europas, nicht die Migration. Denn durch den fortschreitenden Klimawandel werden künftig immer mehr Menschen aus Überlebenswillen flüchten müssen. „Mauern und Stacheldraht“ werden sie dabei nicht aufhalten.

Um dem Klimawandel und seinen Folgen begegnen zu können, knüpfte Innenminister **Christian Pegel** (SPD) an, brauche es Maßnahmen zum Klimaschutz als auch zur Anpassung ans Klima. Darum arbeite die Landesregierung „ressortübergreifend“ an einer Strategie zur Reduzierung der nicht mehr abwendbaren Auswirkungen des Klimawandels und zu Anpassungen für „eine lebenswerte Zukunft bei uns im Land“.

Thore Stein (AfD) identifizierte andere Ursachen für die Klimaveränderungen

als DIE LINKE. Er sah in der Aktuellen Stunde eine „Nebelkerze“, um von der „alles beherrschenden Migrationskrise“ abzulenken. Im „Kern“ wolle die Fraktion eine „andere Krise“ herbeireden, da sie keine Antwort auf die erdrückende Migration habe und so weiterhin Flüchtlingsströme nach Europa rechtfertigt.

Daniel Peters (CDU) fand es „dreist“ und „realitätsfremd“, dass DIE LINKE die „Überforderung unserer Gesellschaft“ durch die Migrationskrise „herunterspielen“ wolle. „Niemand“ zweifle an den Folgen des Klimawandels, doch diesem müsse statt mit „Verbotsarien“ mit „Innovationen, mit Technologieoffenheit, mit Anreizen“ im Einklang mit Wirtschaft und Mensch begegnet werden.

Klimaanpassung koste Geld, über das der Globale Süden nicht verfüge, hielt **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) dagegen. Das verpflichte uns, Wohlstand und Wirtschaft nachhaltig sowie im „Gleichgewicht“ mit unseren Bedürfnissen und

Möglichkeiten zu gestalten. MV könne die Herausforderungen nicht allein lösen. Das solle aber nicht davon abhalten, unser Bestes in Forschung, Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie zu tun.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) rügte die Regierungskoalition, mit einem Thema aufzuwarten, wo sie „rein gar nichts“ vorzuweisen habe. Selbst für das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Landes-Klimaschutzgesetz warte er bis heute auf einen Entwurf. Die Anträge seiner Fraktion zu Umweltthemen seien mit „fadescheinigen“ Argumenten abgelehnt worden. Er erkenne an, dass „immerhin die Linksfraktion die Zeichen der Zeit richtig zu lesen vermag“.

Die Freien Demokraten setzten in puncto Klimawandel unter anderem auf Innovation, erklärte **Sandy van Baal** (FDP). „Panik und Angst“ lehne sie ab. „Konstruktiv“ wären an dieser Stelle „Aufklärung und Information“ und „die Ermutigung der Menschen, selbst aktiv zu werden“. Dennoch empfänden die Menschen das Thema „unkontrollierte Migration“ als „größte Bedrohung“ für ihre Sicherheit und nicht den Klimawandel.

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE

„Wir sind eine Welt, und wir bestehen nur gemeinsam oder gar nicht.“



Foto: Uwe Sinnecker

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Fast zwei Millionen Menschen waren in den vergangenen Tagen von den dramatischen Überflutungen in Teilen Europas betroffen. In kürzester Zeit fiel das Drei- bis Vierfache der durchschnittlichen Regenmenge eines halben Jahres.

[...] Angesichts der Lage in Mecklenburg-Vorpommern möchte man meinen, dass wir noch einmal davongekommen sind und uns nicht weiter sorgen müssen. Der Pegel in Boizenburg an der Elbe ist zwar ziemlich hoch, doch der Scheitelpunkt der Hochwasserwelle wird wohl in der Nacht zum Freitag erreicht. Wir können mit sinkenden Pegelständen rechnen.

Gemeinsam haben wir schon Schlimmeres erlebt. Unser Bundesland ist für deutlich höhere Pegelstände gut vorbereitet, die Einsatzkräfte sind geübt und geschult, Deiche werden ständig überwacht, Hochwasserschutzanlagen seit vielen Jahren saniert, neu gebaut und angepasst. Wir haben aus vergangenen Ereignissen gelernt, Schlüsse gezogen und Maßnahmen umgesetzt, schauen über unsere Landesgrenzen hinaus und betrachten eben auch zum Beispiel das gesamte Einzugsgebiet der Elbe.

[...] Rund 100 Millionen Euro flossen in das Hochwasserschutzprogramm an der Elbe. Seit Mitte der 90er-Jahre investierten wir insgesamt 600 Millionen Euro in Küsten- und Hochwasserschutz. Daneben gehen jährlich rund 700.000 Euro Landesmittel in die Unterhaltung der rund 122-Kilometer-Deiche an der Elbe und in deren Rückstaugebiet.

Das, meine Damen und Herren, ist eine enorme Kraftanstrengung und zeigt, dass der Schutz von Leib und Leben für die Landesregierung an erster Stelle steht und weiterhin stehen wird.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Nicht Migration bedroht Europa, sondern der men-

schengemachte Klimawandel, und wer vor dieser Bedrohung die Augen weiter verschließt oder sie gar leugnet, hat unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder auf dem Gewissen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Unionschef Friedrich Merz sieht den Klimaschutz in der Politik überbewertet. Es sei eben nicht so, dass morgen die Welt untergeht. Zugleich forderte er am 30. August dieses Jahres die Ausrufung einer nationalen Notlage, und zwar als Reaktion auf den islamistischen Messerangriff in Solingen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

Wir verurteilen die abscheuliche terroristische Tat zutiefst. Die Ermordung dieser Menschen und das Leid der Angehörigen treffen uns bis ins Mark. Wem aber, meine Damen und Herren, wem nützt es, den grausamen islamistischen Angriff zu instrumentalisieren, um eine nationale Notlage auszurufen

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

und pauschal ganze Gruppen von Menschen zu diskreditieren?!

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Das zahlt allein bei den Rechtsextremen ein und spielt den Islamisten in die Karten. Die eigentlichen Probleme,

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Reden Sie mal mit den Opfern!)*

die eigentlichen Probleme werden wir so nicht lösen.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Sie sowieso nicht mehr, nee! –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)*

[...] Meine Damen und Herren, die Klimakrise, ihre Auswirkungen auf unser aller Leben erfordern massive Investitionen in den Klimaschutz, in Prävention, erfordern kluge Vorkehrungen gegen Extremwetter und Anpassungsstrategien. Und deshalb werden wir nicht umhinkommen, auch einen sachlichen und ökonomisch weitsichtigen Umgang mit der Schuldenbremse zu finden.

(Enrico Schult, AfD: Ah!)

Dazu gehört es, über Reformen zu reden, die zumindest Lockerungen in Aussicht stellen.

*(Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)*

[...] Mauern und Stacheldraht werden weder Menschen in Not noch Hochwasser, Sturmfluten oder Hitzewellen aufhalten. Es gibt keinen Ort auf dieser Erde, an dem man sich vor

den Folgen des Klimawandels verstecken kann.

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wir sind eine Welt, und wir bestehen nur gemeinsam oder gar nicht!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Minister Christian Pegel

„Menschliche Aktivitäten haben diese Erwärmung eindeutig verursacht.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörende! Zunächst darf ich, weil ich in Vertretung sprechen darf, von hier aus meinen Kollegen Dr. Till Backhaus krankheitsbedingt herzlich entschuldigen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und auf der Regierungsbank – Zuruf von Sebastian
Ehlers, CDU)*

[...], 1,8, 1,1 und 1,7,

*(Thore Stein, AfD: Sind
das die SPD-Wahlergebnisse? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der AfD und CDU)*

das klingt nach ganz nüchternen Zahlen, könnte vieles sein. Aber seien Sie unbesorgt, ich nehme Sie gern zurück mit ins Thema. Was haben diese drei vermeintlich völlig unscheinbaren oder woanders zuzuordnenden Zahlen gemeinsam? Genau, alle drei beschreiben die Veränderung von Temperatur, genauer gesagt die durchschnittliche Veränderung der aktuellen Temperatur,

*(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)
plus 1,1 Grad Celsius global, plus 1,8 Grad Celsius national,
(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...], plus 1,7 Grad Celsius regional, zu gut Deutsch bei uns zu Hause in Mecklenburg-Vorpommern. Um diese Werte liegen die aktuellen Oberflächentemperaturen höher gegenüber dem vorindustriellen Zeitraum zwischen 1850 und 1900. Der Klimawandel ist also eine globale, auch eine nationale, aber vor allen Dingen eine ganz konkret regionale Herausforderung.

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Kommt drauf an, wo man misst, ne?!)*

Menschliche Aktivitäten haben diese Erwärmung eindeutig verursacht, auch wenn ich weiß, dass es fleißig geleugnet wird. Das ist in der Wissenschaft zumindest längst und eindeutig belegt und anerkannt. Der Weltklimarat des IPCC der Vereinten Nationen trägt diese Zahlen und das gesamte aktuelle Wissen aus allen relevanten Bereichen der Forschung zusammen. [...]

*(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber wenn Sie es so genau wissen,
wo bleiben dann Ihre Maßnahmen?!)*

[...]

(Thore Stein, AfD: Seit wann denn erfasst?)

[...] sowohl längere Trockenphasen als auch Starkregenereignisse haben wir in diesem Jahr auch in Mecklenburg-Vorpommern häufiger erlebt [...].

(Horst Förster, AfD: Und richtig einzuordnen.)

Und wir haben im Übrigen darauf landespolitisch reagiert. [...] Das in der letzten Legislatur geschaffene Sonderprogramm „Zukunftsfähige Feuerwehr“ [...] ist ein ganz wesentlicher Beitrag zur Vorbereitung auf die zunehmende Gefahr von Waldbränden. Über [...] 270 kleinere und kleinste Feuerwehren sind durch kleinere Feuerwehrfahrzeuge in der gesamten Fläche des Landes ausgestattet worden. Mit dieser TSF-W-Flotte sind Fahrzeuge vor allem dort hingegangen, wo Wald- und Vegetationsbrände [...] zuerst bekämpft werden müssen. Mit den darüber hinaus beschafften speziellen Waldbrandbekämpfungsfahrzeugen haben wir nur einige wenige Feuerwehren, insgesamt elf, aber verteilt über das Land, ausgestattet mit dem Versprechen, sie helfen immer dann und dort, wo es zu diesen Ereignissen kommt.

Wie wirksam im Übrigen diese Lehren aus dem großen Waldbrand in Lübbtheen, zu dem das 50-Millionen-Euro-Paket gehört, waren, hat sich letztes Jahr sowohl in Lübbtheen als auch in Hagenow als auch im Göldeitzer Moor bei den Vegetations- und Waldbränden deutlich gezeigt. Im Übrigen, weitere rund 30 Ford-Fahrzeuge für die größeren und großen freiwilligen Feuerwehren folgen noch in diesem Jahr. [...]

Die gerade wieder aktuellen Hochwasserkatastrophen [...] zeigen, wie aktuell und hautnah dieses Thema auch für uns in diesem Bundesland ist. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern der schrecklichen Hochwasserereignisse in den Nachbarländern.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

[...]

*(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und Sie ganz vorn mit dabei
als Russlandminister.)*

[...] Auch unsere Katastrophenschutzbehörden hier im Land haben alle Systeme geprüft und gezählt [...]. Die verheerenden Folgen des Klimawandels sind also auch für uns im Land [...] leider allgegenwärtig.

*(Torsten Renz, CDU: Müsst ihr noch
einen Änderungsantrag machen,
um die Sitzordnung zu ändern!)*

[...] Der Wichtigkeit des Themas angemessen wird dazu eine eigene Fachstelle [...] am LUNG aufgebaut. So können [...] Klimadaten regionalisiert und aufbereitet werden [...]. Eine weitere wichtige Aufgabe dieser Fachstelle [...] wird sein die Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung von wiederum regionalen Klimaanpassungskonzepten durch die Bereitstellung von Fachinformationen.

[...] Wir laden Sie herzlich ein, spätestens auch mit dem entsprechenden Klimaschutzgesetz diese Dinge erneut hier im Hause aufzugreifen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Thore Stein, AfD

„Diese Aktuelle Stunde ist eine Nebelkerze.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Ende Dezember 2023 hatten 25 Millionen von insgesamt 84 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2005 waren es nur etwas über 14 Millionen Menschen [...] seit 2016 betragen die dadurch entstehenden Kosten für den deutschen Staatshaushalt [...] sage und schreibe 280 Milliarden Euro. [...]

dann stellen Sie mal Ihre 600 Millionen, die Sie hier eben groß angepriesen [...] mal in Relation zu 280 Milliarden allein in zehn Jahren!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Da vergleichen Sie Äpfel mit Birnen.)*

So viel erst mal an dieser Stelle zur Zustandsbeschreibung des Schlagwortes „Migration“ im Titel [...]

Demgegenüber führen Sie eine mehr oder weniger abstrakte Bedrohung durch die sogenannte Klimakrise ins Feld:

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE: Abstrakt?! –
Daniel Seiffert, DIE LINKE: Abstrakt
ist da gar nichts dran.)*

„Mecklenburg-Vorpommern konsequent“

*(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und
Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

„gegen Wetterextreme wappnen“. Als ob das in diesem Land seit seiner Besiedelung vor 800 Jahren nicht eine Daueraufgabe jeder einzelnen Generation war und bis heute so ist! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deiche wurden seit jeher errichtet, Sümpfe und Überschwemmungsgebiete wurden trockengelegt.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Realitätsverweigerung Ihrerseits.)*

[...] Aber [...] man kannte auch die Grenzen der Eingriffe in die Natur. [...]

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Hat der
Mensch doch Einfluss darauf, was?!)*

Der Glaube, dass Beton und Stahl auf Dauer die Kräfte der Natur zähmen könnten,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Hören Sie doch mal zu!)*

fürten zu immer rigoroseren Einhegungen von Flussläufen, zu immer gewagteren Bauwerken an Orten, an denen diese nicht stehen sollten [...] nur logisch, dass Hochwasser immer größere Schäden anrichten, wenn die Wohnbebauung ignorant bis an die Uferkante vorgezogen wird [...]

ja, [...] Je mehr Menschen es werden und je mehr Fläche in den Eingriff genommen wird, [...] desto größer werden schlichtweg die Schäden. [...]

natürlich müssen wir uns auch in Zukunft an die Launen der

Natur anpassen. Wir müssen unsere Erkenntnisse und unsere Forschungen nutzen, um den Schutz [...] bestmöglich zu gestalten [...]

Und zur Umsetzung der notwendigen Anpassungen an sich ändernde Umweltbedingungen gehört aber auch eine angemessene Ausstattung mit Finanzmitteln. Und um diese steht es in diesem Land bekanntlich nicht besonders gut. [...] Man braucht das Geld [...] eben für andere Aufgaben, wie zum Beispiel für Flucht und Migration.

Und das Geld, was da ist, wird ja vom Land Mecklenburg-Vorpommern noch nicht mal vollends ausgeschöpft [...] 30 Prozent der bereitgestellten Mittel des Bundes werden vom Land gar nicht erst abgerufen. Also stellen Sie sich nicht hier hin und sagen, wir müssen mehr tun!

[...] damit kommen wir doch zum Kern Ihres Anliegens, den der Titel dieser Aktuellen Stunde doch förmlich hinausschreit. [...] Sie brauchen eine andere Krise als die alles beherrschende Migrationskrise, die unser Land zunehmend erdrückt, denn auf diese Krise haben Sie keine Antwort, [...] immer mehr Menschen in Deutschland bekommen es jeden Tag zu spüren. Die Migrationskrise wird zunehmend zu einer Kriminalitätskrise und führt unsere Infrastruktur,

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Unfug!)

nah an den Kollaps. [...]

in genau dieser Situation drängt in den nächsten Jahren eine Generation auf den Arbeitsmarkt, die so schlecht qualifiziert ist wie noch nie. [...]

Sie dagegen versuchen, eine Bedrohungslage aus Gewittern, Herbststürmen und Frühjahrstrockenheiten herbeizureden, die überhaupt nicht seriös zu belegen ist. [...]

Lassen Sie mich abschließend feststellen, diese Aktuelle Stunde ist eine Nebelkerze, [...] wir werden nicht jede Unbill der Natur abwenden können, wir können uns jedoch anpassen an die Veränderungen der Umwelt [...]

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:
Aber ihr weigert euch doch.)*

Aber die Folgen,

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:
Ihr wollt euch doch nicht anpassen.)*

die Folgen einer millionenfachen Zuwanderung nach Europa und der damit einhergehende Niedergang der europäischen Völker

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Massendeportation.)*

[...]

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Widerlich!)

das ist unumkehrbar. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Daniel Peters, CDU

„Die LINKE betreibt Nischenpolitik.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Überschrift für diese Aktuelle Stunde hätte besser lauten müssen: „Realitätsverweigerung bis in den eigenen Untergang“, meine Damen und Herren von den LINKEN,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Koplín, DIE LINKE:
Sprechen Sie von sich?)*

denn Sie leugnen mit dieser Überschrift, die Sie ja gewählt haben, die massive Migrationskrise, die Deutschland und Europa fest im Bann hat, meine Damen und Herren.

*(Thore Stein, AfD: Die die CDU
verursacht hat, Herr Peters.)*

[...] Ich möchte noch mal kurz diese Landtagswahlen in Erinnerung rufen: in Sachsen minus 5,9 Prozent für die LINKEN, unter 5 Prozent, nur durch ein besonderes Wahlrecht wieder im Landtag.

*(Thomas Krüger, SPD: Was hat
das jetzt mit dem Thema zu tun?)*

Thüringen: trotz Ministerpräsident minus 17,9 Prozent, vierstärkste Kraft, in Brandenburg minus 7,7 Prozent, bei 3 Prozent gelandet, raus aus dem Landtag.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Die CDU
12 Prozent. Reden Sie über sich!)*

Ich gebe Herrn Straetmanns – Ist der eigentlich noch Staatssekretär? Man weiß es nicht genau. – recht, wenn er feststellt, die LINKE betreibt Nischenpolitik. Und bei Ihnen kommt das offensichtlich aber nicht an. Die Wählerinnen und Wähler rennen in Scharen davon, Ihre Partei löst sich auf, aber die Funktionäre bleiben sich ihrer Linie treu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das erinnert stark an das Politbüro, meine Damen und Herren.

Und ich finde es wirklich dreist und auch realitätsfremd, dass DIE LINKE hier die globale Klimakrise nutzen will, um die Überforderung unserer Gesellschaft, der Kommunen, des Sozialstaats und auch unserer Sicherheitsarchitektur durch die Migrationskrise herunterspielen zu wollen. Das ist wirklich dreist, meine Damen und Herren!

Die Migrationskrise ist weiterhin das beherrschende Thema in Deutschland, in Europa und auch in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren. Und das hat selbst oder haben selbst Großteile der SPD erkannt. Heute Morgen wurden aber wieder Zweifel daran gesät, indem einige Landtagsabgeordnete und SPD-Granden meinen, der neue SPD-Kurs, der hier eigentlich ausgerufen wurde, der sei zu hart, es bräuchte eine humanere Asylpolitik, meine Damen und Herren.

Die bisherige Asylpolitik ist sehr human gewesen.

*(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was war falsch daran?)*

Wir brauchen stärkere und härtere Maßnahmen, um eben den Zuzug nach Deutschland zu begrenzen, meine Damen und Herren.

*(Julian Barlen, SPD: Das sagt
die CDU nach 16 Jahren!)*

Auch das hat Ihre Ministerpräsidentin eingesehen. Sie unterstützt den Kurs von Frau Faeser, aber ich muss feststellen, große Teile dieser Koalition stehen nicht mehr hinter der Ministerpräsidentin und das wäre auch ein aktuelles Thema gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir brauchen mit Blick auf die von Ihnen ja nicht mehr als wahrnehmbare Migrationspolitik oder Migrationskrise, wir brauchen, im Gegenteil, nicht das Kleinreden, sondern konsequente Zurückweisungen an unseren Grenzen. Egal, ob man bereits in einem anderen Land registriert ist oder nicht, es dürfen nur noch die Menschen bleiben, die eine echte Bleibeperspektive auch haben. Wir brauchen die Reformierung des Sozialstaats, Stichwort „Bürgergeld“, wir brauchen konsequentes Abschieben. Meine Damen und Herren, morgen dazu dann an dieser Stelle mehr.

■ Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD

„Es muss uns gelingen, unser Leben und Wirtschaften [...] nachhaltig aufzustellen [...].“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Sie haben zwei der ganz großen aktuellen Herausforderungen, vor denen die Menschheit insgesamt steht, zum Thema der heutigen Aussprache gemacht:

*(Julian Barlen, SPD: Können
Sie jetzt mal Ruhe geben vielleicht?! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Brüllen Sie doch nicht so,
ich kriege doch Kopfschmerzen.)*

den Klimawandel, denn die zunehmenden Wetterextreme werden durch die zunehmende Erderwärmung hervorgerufen und die Migration durch Flucht vor Gewalt, Krieg, Elend, Hunger und Vernichtung der Lebensgrundlagen durch auch diesen Klimawandel. [...]

Meine Damen und Herren, weltweit hungern 730 Millionen Menschen, mehr als noch vor vier Jahren. [...] Wenn wir uns die Realitäten anschauen, [...] dann sind wir von einem nachhaltigen Frieden auf unserem Planeten weiter entfernt als noch vor vier Jahren. Über 20 Kriege werden gerade auf unserer Erde geführt – 20 Kriege, die unendliches Leid, Hunger und Vertreibung mit sich bringen, Kriege, die zerstören, Kriege, die neben dem Leid, welches sie verursachen, aber auch unendlich viel Geld kosten, Mittel, die weltweit dringend benötigt werden, um Menschen und alle anderen Lebewesen – darum geht es auch – vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Klimaanpassung kostet Geld, und viele Länder des globalen Südens verfügen nicht über ausreichend Mittel, um diese Anpassungen vorzunehmen.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

[...] Ich war enttäuscht, dass der Etatansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung so stark gekürzt wurde – von 13,8 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 10,3 Milliarden Euro für das Jahr 25. Auch die Mittel für die humanitäre Hilfe wurden von 3,14 Milliarden Euro auf 1,8 Milliarden Euro zusammengestrichen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wie viel Geld ist noch mal in der Rente
oder in der Krankenversicherung?
Das würde doch passen, oder?! –
Zurufe von Thore Stein, AfD, und Daniel Peters, CDU)*

[...] An dieser Stelle ein ganz kurzer Schwenk in unser Bundesland. Die Brasilienreise [...] wurde initiiert von unserer [...] Ministerpräsidentin.

*(Torsten Renz, CDU:
Drei Funktionen gleichzeitig?)*

Wir hatten eine große Beteiligung der Wirtschaft dabei,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und es gab positive Resonanz [...] Es geht um Umweltprojekte, Umsetzung von Umweltprojekten in diesen Ländern. [...]

[...] Diese Initiative ist wichtig,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

und es zeigt, dass auch ein kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern dort seinen Beitrag leisten kann, und diesen Beitrag auch leistet.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Wir gehören zu den reichen Ländern dieser Welt.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das war
einmal, Frau Rahm-Präger. Das ist vorbei.)*

Wir verbrauchen von den Ressourcen unserer Erde zwei Drittel mehr, als uns bei gerechter Verteilung auf alle Menschen dieses Planeten zustehen würden. [...] Es muss uns gelingen, unser Leben und Wirtschaften [...] nachhaltig aufzustellen [...]

Im Ökowerpapierhandel haben wir in Mecklenburg-Vorpommern Erfahrungen. Die MoorFutures wurden in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt, in unserem Landwirtschaftsministerium. [...] Wir können diese großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte nicht allein in Mecklenburg-Vorpommern lösen,

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

aber alle Maßnahmen, die wir in unserem Land ergreifen können, um dem Klimawandel und Extremwetterlagen zu begegnen, setzen wir um.

[...] Wir setzen wichtige Maßnahmen für unseren Klimaschutz im Land um. [...]

- das Aufforstungsprogramm unseres Landes,
- der nachhaltige Waldumbau,
- aber auch alle Agrar-, Klima- und Umweltmaßnahmen unseres Landes [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Es werden die Polder renaturiert, um Überflutungsflächen zu haben, es wird in Forschung und Entwicklung investiert, um Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft nachhaltiger zu gestalten, wir investieren in Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie. Das sind die aktuellen Themen, mit denen wir uns beschäftigen in unserem Land.

Ich bin der Überzeugung, dass wir in unserem kleinen Bundesland ganz weit vorne sind, wenn es um Naturräume, Klimaschutz und Initiativen für eine nachhaltige Wirtschaft geht. [...]

■ Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht nicht nur die Schönheit unserer Natur, nein, sie zerstört unsere Umwelt in einer Brutalität, die uns Menschen jede Grundlage für ein Leben in Wohlstand und Sicherheit nimmt.

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

[...] Doch während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, bleibt die rot-rote Landesregierung weiterhin untätig [...] auf Kosten derer, die SPD und LINKE angeblich mit ihrer Politik in den Fokus nehmen wollen, auf Kosten der finanziell und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

(Torsten Renz, CDU: Oha! Harter Tobak!)

Denn die Sommerhitze trifft nicht die reichen Opas Gerhard und Erwin mit ihren gut gedämmten Häusern mit Klimaanlage, genau, wie die explodierende Gasrechnung sie nicht trifft, es trifft Tahims und Aylas, die in engen Plattenbausiedlungen, und die Leons und Marias in den unsanierten Altbauten auf dem Land.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Gerhard und Erwin trifft auch nicht, dass ihr Brot jetzt 6 Euro statt 3 Euro kostet, weil die Weizenernte das dritte Jahr in Folge dem Unwetter zum Opfer gefallen ist. Das trifft Bäuerin Lisa, die von der Ernte ihre Familie ernähren muss, und es trifft Sarah, Amira, Nassa, die dieses Jahr überhaupt keinen Weizen mehr bekommen.

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

Und Gerhard und Erwin trifft es nicht, dass Fietje und Anton keinen Hering mehr in der überdüngten, aufgeheizten Ostsee fangen,

(Julian Barlen, SPD: Jetzt komme ich durcheinander. Herr, äh ...?)

denn ihr Alaska-Seelachs kommt tiefgefroren

(Julian Barlen, SPD: Jetzt sehe ich nicht mehr durch. Wer ist denn wer? Könnten Sie die noch mal vorstellen, die einzelnen Leute, die Sie nennen?)

mit dem Dampfer von irgendwo nördlich der japanischen Inseln.

(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...] Ich frage die Linksfraktion, warum sie vom Koalitionspartner keine Konsequenzen fordert, wenn die von ihr getragene Regierung durch Arbeitsverweigerung beim Klimaschutz das Land bedroht,

(Torsten Renz, CDU: Das ist eine berechtigte Frage. – Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist doch falsch, was Sie da sagen. Das ist völlig falsch. – Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

wenn Till Backhaus, Christian Pegel, Reinhard Meyer, Heiko Geue und Manuela Schwesig das Klimaschutzgesetz von 2022 auf 2023, auf 2024, auf 2025, aufs Ende der Legislaturperiode vertragen,

(Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört! – Unruhe bei Torsten Renz, CDU, und Torsten Koplín, DIE LINKE)

und das, obwohl man sich doch schon mit der LINKEN-Forderung nach Klimaneutralität 2035 nicht in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnte, aber dafür, dafür ein verbindliches Klimaschutzgesetz mit 2040 als Ziel bekommen hatte.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU, und Torsten Koplín, DIE LINKE)

[...] Das ist [...] eine Zumutung, genau, wie es eine Zumutung ist, dass zu keinem Zeitpunkt ein Entwurf oder irgendeine andere Diskussionsgrundlage geliefert worden ist, bis heute. Till Backhaus weiß, ohne Ziel stimmt jede Richtung.

[...] Zielabweichungsverfahren für Solaranlagen stapeln sich in den Ministerien jahrelang. Es vergehen Monate bis zur landesgesetzlichen Umsetzung des 2,1-Prozent-Ziels für Windenergie.

(Torsten Renz, CDU: Ganz ruhig bei der SPD jetzt. Ganz ruhig. Betreten gucken alle nach unten.)

Und statt wie von der Landesregierung nach eigener Aussage angeblich gewünscht, wird die Ausweisung in einem Schritt nicht regulatorisch festgeschrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, Regieren ist wie wünschen, nur mit Gesetzen.

(Beifall Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn Sie glauben, dass auch nur ein Moor nasser wird, weil der Minister das bei jeder zweiten Landtagsitzung hier am Pult beschwört, dann müssen Sie nächstes Mal einen Zauberer ins Kabinett nehmen

(Unruhe bei Julian Barlen, SPD, und Torsten Koplín, DIE LINKE – Zuruf von Thore Stein, AfD)

und nicht wieder Till Backhaus.

(Julian Barlen, SPD: Das muss der sich von Ihnen wirklich nicht sagen lassen.)

[...] wo ist sie denn [...], die laute originalsoziale Stimme für Klassenkampf durch Klimaschutz?

[...] Es [...] gilt offenbar die alte Weisheit: Wo Dunkelheit herrscht, fällt auch das kleinste Licht sofort auf.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist so niveaulos! Ist niveaulos!)

Insofern ist es doch gut, dass Sie das Klimaschutzgesetz noch gar nicht abgesagt haben, auch wenn erst die nächste Regierung in die Umsetzung kommen muss. [...] – schön, dass wir heute mal wieder darüber geredet haben. [...]

■ Sandy van Baal, FDP

„Vielleicht sollten Sie sich mal für die Lebensrealitäten unserer Menschen im Land wappnen“



Foto: Uwe Sinnecker

Sandy van Baal, [...] Wir müssen den Klimawandel ernst nehmen, sollten dem Thema aber nicht mit Panik begegnen [...]. [...] Konstruktiv wären Aufklärung und Information und das Bewusstsein für eine sich wandelnde Welt [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Jeder Einzelne von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch bewussteren Konsum, Energieeinsparungen, weniger Lebensmittelverschwendung. [...] Wir können [...] die Transformation als Chance nutzen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig!)

[...] das eigentliche Highlight [...] dieser Aktuellen Stunde ist ihr Titel: „Nicht Migration, sondern die Klimakrise bedroht das Land“ [...]

So viel Ferne gegenüber den Menschen im Land [...] hätte ich [...] nicht erwartet. [...] Jede Umfrage [...] zeigt, was ist das wichtigste Thema für die Menschen [...] zurzeit.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sicherheit, Migration steht ganz weit oben. [...]

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Das wird auch ständig thematisiert. – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] wir müssen uns für Wetterextreme wappnen, aber vielleicht sollten Sie sich mal für die Lebensrealitäten unserer Menschen im Land wappnen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP – Zurufe von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE, und Daniel Seiffert, DIE LINKE)

René Domke, [...] ich habe mich die ganze Zeit [...] gefragt, [...] ob die Maßnahmen, die Sie getroffen haben, [...] dem angemessen ist, das hier zur Aktuellen Stunde zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht!)

[...] Sie kündigen in der Aktuellen Stunde irgendwas an, aber überhaupt noch gar nicht geliefert. [...]



Foto: Uwe Sinnecker

(Torsten Renz, CDU: Sprich mal über dein Wahlprogramm von vor drei Jahren!)

[...] es ist [...] anmaßend, dass Sie den Menschen vorschreiben wollen, [...], welche [...] Krisen oder Bedrohungslagen [...] die realistischere sei. [...] Das steht Politik nicht zu, [...] Politik muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen und Lösungen präsentieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

[...] Ihre Ministerpräsidentin kam aus einer Ministerpräsidentenkonferenz im November 2023 zurück [...]. Nicht eine der Maßnahmen [...], die dort vereinbart wurden, ist umgesetzt worden.

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Bei uns, oder wo?!)

[...] Es nützt [...] nichts, ob man sich im Bund jetzt zur Migrationssituation, [...] verständigt, wenn in den Ländern nicht umgesetzt wird. [...]

[...] wir können es nicht den politischen Rändern überlassen, diese Situation zu lösen.

[...] Wenn Sie schon einen solchen Titel wählen, dann bieten Sie [...] Lösungen an! Ich habe [...] nichts gehört, [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP – Stephan J. Reuken, AfD: Mit Steuergeld.)

außer dass Sie sagen [...], die Ängste werden [...] von außen geschürt. [...] Das sind [...] nicht alles Nazis, die jetzt bei den Wahlentscheidungen das Thema Migration nach oben gestellt haben.

(Marc Reinhardt, CDU: Wer sagt denn das?)

[...] Es sind tatsächlich Menschen,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ich weiß nicht, wo Sie waren!)

[...]

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Was konstruieren Sie denn da?!)

die sehen, dass es eben nicht gelingt, die Menschen schnell in sprachliche Kurse zu bringen. [...] in die Beschäftigung [...]. [...] ihnen Gemeinschaftsunterkünfte vor Ort hingestellt werden,

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

wo [...] eine Gemeinde [...] offensichtlich mit überfordert ist. Warum akzeptieren Sie [...] nicht unsere Vorschläge, [...] gehen Sie doch in die dezentrale Unterbringung?

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Wir haben eine eigene Agenda.)

Ich habe in Dabel mit vielen Bürgern gesprochen, die haben gesagt, das wäre eine Variante gewesen [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Debatte zu Umgang mit Islamismus

Folgerungen aus dem tödlichen Anschlag von Solingen

Spätestens seit den Jahren 2015/16 ist der Umgang mit Migrantinnen und Migranten Stoff für teils heftige Diskussionen. Anschläge wie der in Solingen lassen die Emotionen hochgehen – auch im Landtag. Nach dem terroristischen Anschlag von Solingen vom 23. August 2024 mit drei getöteten und acht zum Teil schwer verletzten Menschen haben die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE ein noch stringenteres Vorgehen gegen Extremismus und Terror gefordert.

„Der Anschlag war nicht nur ein Angriff auf unschuldige Menschen, er war auch ein Angriff auf unsere Werte“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Die Gesellschaft sei definiert durch Werte wie Freiheit, Respekt, Demokratie oder Toleranz. „Es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Politik, entschlossen gegen jede Form des Islamismus, Terrorismus oder Extremismus insgesamt vorzugehen.“ Es gelte nun, aus dieser Tat die richtigen Schlüsse zu ziehen, betonte Barlen. Der umfangreiche Antrag ziele darauf ab, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesellschaft besser zu schützen. „Wir bekennen uns zu dem von Bundesinnenministerin Faeser vorgestellten Sicherheitspaket.“ Es beinhalte klare, konkrete Maßnahmen, die dazu führen, dass schwerste Intensivstraftäter und akute Gefährder schnell und konsequent abgeschoben werden können. Auch würden Waffen und Messer schneller von den Straßen verschwinden. Zudem sollen die Sicherheitsbehörden mehr Kom-

petenzen zur Früherkennung und Gefahrenabwehr erhalten.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) mahnte zur Zurückhaltung bei den aus der Tat zu ziehenden Konsequenzen. „Weil ein islamistischer Straftäter aus einer Flüchtlings- und Migrationssituation kommt, aus Syrien, Afghanistan oder einem anderen Land, sind nicht alle Menschen der Region oder mit Fluchthintergrund oder Migrationshintergrund Islamisten.“ Viele dieser Menschen seien mindestens genauso erschüttert wie er selbst, betonte Pegel. Auch sie fühlten sich genauso bedroht von islamistischen Straftätern wie andere Menschen mit langer deutscher Familientradition. Die Sicherheitsbehörden sehen und benennen laut Pegel die Probleme mit islamistischen Straftätern. Dies geschehe aber ohne zu pauschalisieren und daraus rassistische Vorurteilswelten zu gestalten. Der Minister stellte klar, dass an dem im Grundgesetz verbrieften individuellen Recht auf Asyl

nicht gerüttelt werde. Dieses Recht werde auch geschützt, wenn rechtsstaatliche Schritte im Umgang mit Islamismus nicht ausreichten und angepasst werden müssten.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** warf den Koalitionsfraktionen vor, sie würden mit ihrem „nichtssagenden Placebo-Antrag“ die Opfer von Solingen instrumentalisieren. Er zitierte aus einer Umfrage, nach der 36 Prozent der Menschen in MV ihr Verhalten und ihren Lebensstil wegen der Migration geändert hätten. „Die Menschen in unserem Land fühlen sich nicht mehr sicher“, betonte der AfD-Politiker. Jeden Tag würden in Deutschland Menschen mit Messern angegriffen. „Das ist die traurige Realität.“ Im Zusammenhang mit der Bluttat von Solingen sei ein massives Behördenversagen zutage getreten. Der mutmaßliche Täter hätte schon lange abgeschoben werden müssen. „Wir brauchen nicht nur Aufklärung, wir brauchen Konsequenzen. Diese Konsequenzen bestehen aus Remigration“, bekräftigte Kramer. Die AfD fordere eine sofortige Kehrtwende der Migrationspolitik, ein befristetes Einwanderungsmoratorium und eine unbürokratische, schnelle und effiziente Abschiebeoffensive sowie die Bereitstellung aller dafür notwendigen Mittel.



Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD)



Christian Pegel (Innenminister)



Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender AfD)



Sebastian Ehlers (CDU)



Michael Noetzel (DIE LINKE)



Constanze Oehrich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP)

Auch **Sebastian Ehlers** (CDU) kritisierte, dass der Antrag von SPD und DIE LINKE in den sicherheitspolitischen Forderungen zu vage und zu allgemein gehalten sei. Zwar werde die Ausweitung der für die Sicherheitsbehörden notwendigen Kompetenzen gefordert. „Was genau Sie sich darunter vorstellen, sagen Sie nicht.“ Der Grund dafür sei, dass sich die Koalition in diesem Punkt nicht einig ist. „Das haben die letzten Wochen gezeigt“, sagte Ehlers. Er forderte eine stärkere personelle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden und den Einsatz von Videoüberwachung. Ehlers kritisierte die Haltung der LINKE, die seiner Meinung nach so aussieht: „Niemand soll abgeschoben werden, alle Menschen sind willkommen.“ Er sagte, dass in dem Koalitionsantrag der Aspekt der Freiheitsrechte nur am Rande thematisiert wird. „Natürlich darf der Kampf gegen den Islamismus nicht dazu führen, dass die Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden.“ Aber es müsse eine vernünftige Balance zwischen der Sicherheit und der Freiheit gefunden werden.

Der totalitäre und rückwärtsgewandte Fanatismus des islamischen Terrors dürfe keinen Platz in der Gesellschaft haben, betonte **Michael Noetzel** (DIE LINKE). „Wir werden dieser Menschenfeindlichkeit weiter konsequent entgegentreten.“ Es sei klar, dass mögliche Versäumnisse aufgearbeitet und Rückschlüsse gezogen werden. Es sei jedoch falsch und anstandslos, den Anschlag von Solingen parteipolitisch zu instrumentalisieren. Noetzel griff dabei den CDU-Bundesvorsitzenden Friedrich Merz scharf an, der die Geschehnisse von Solingen missbrauche, um

die Ampelkoalition in einer unfassbar destruktiven Art vor sich hinzutreiben. „Die Ursache für die Tat in Solingen ist religiöser Fanatismus“, erklärte Noetzel. Diesem Problem müsse man sich stellen. Es sei unsäglich, mit welcher inneren Verrohung Kollektivsanktionen diskutiert werden. „Wie abwegig ist bitte die Forderung nach einem Einwanderungs- beziehungsweise Fluchtstopp für alle Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien?“ Nicht die Migration sei das Problem, sondern eine reaktionäre Ideologie. Noetzel plädierte für Besonnenheit und Augenmaß.

Nach dem Anschlag von Solingen müsse die offene Gesellschaft nach Ansicht der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**, beweisen, dass sie den Islamismus bekämpfen und islamistische Gewalttaten konsequent bestrafen kann. Gleichzeitig müsse sie dafür sorgen, dass Muslime und Musliminnen nicht unter Generalverdacht geraten. In den vergangenen Wochen sei allerdings viel zu oft Sicherheitspolitik mit Migrationspolitik verwechselt worden. „Es ist eine Errungenschaft unserer freien Gesellschaft nach einer Gewalttat, nicht ganze Gruppen wegen ihrer Herkunft unter Generalverdacht zu stellen.“ Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde nicht pauschal jede Ausweitung von Befugnissen der Sicherheitsbehörden unterstützen, kündigte Oehrich an. „Das ist ein Reflex, der leider allzu typisch ist nach Terroranschlägen.“ Aber es dürfe nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden. Die Grünen setzten sich beispielsweise für die Verschärfung des Waffenrechts ein. „Alles andere wäre schlicht unverantwortlich.“ So laute eine

Forderung „keine Waffen für Verfassungsfeinde, egal welcher Couleur“.

„Es macht betroffen, wenn wir uns vor Augen halten, wie verletzlich unsere freie liberale Gesellschaft ist“, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**. Der islamistische Terrorismus lehne alles ab, was für die Menschen dieser Gesellschaft wertvolle Errungenschaften sind. Die Regierungskoalition spräche nun in ihrem Antrag von Präventionsprogrammen und besserer Zusammenarbeit zwischen Behörden und Zivilgesellschaft. Domke verwies darauf, dass genau dies seine Fraktion bereits vor der Sommerpause in einem Antrag gefordert habe. Dies sei allerdings von Rot-Rot abgelehnt worden. Der FDP-Politiker sprach die Erwartung aus, dass jeder, der in Deutschland lebt, die Grundwerte dieser Gesellschaft respektiert und auch lebt. „Wir dürfen überhaupt keine Form der Intoleranz und Extremismus zulassen.“ Allerdings müsse auch auf die muslimische Gemeinschaft zugegangen werden. Denn die muslimischen Verbände spürten selbst in ihren eigenen Reihen die Gefahr und müssten sich kritisch damit auseinandersetzen. Sie dürften auch nicht tolerieren, dass es unter ihnen Hassprediger gibt.

Der Antrag wurde mit Stimmen der SPD und DIE LINKE, Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie Ablehnung von CDU und AfD angenommen.

mgl

Antrag von SPD und DIE LINKE
– Drucksache 8/4100 –

Hintergrund Solingen

Bei einem Messerangriff auf der 650-Jahr-Feier in der Innenstadt von Solingen (Nordrhein-Westfalen) waren am Freitag, den 23. August 2024, drei Menschen ums Leben gekommen. Acht Menschen wurden verletzt, vier von ihnen schwer. Ein 26 Jahre alter syrischer Tatverdächtiger konnte zunächst entkommen, stellte sich aber in der Nacht zu Sonntag der Polizei. Bereits am Samstag hatte sich die Terrororganisation Islamischer Staat zu dem Anschlag bekannt. Die Tat sei aus „Rache für Muslime in Palästina und anderswo“ geschehen. Die Bundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen. Der mutmaßliche Täter sitzt in Untersuchungshaft.

Im Anschluss an die Festnahme wurde bekannt, dass der Mann im Dezember 2022 über die Türkei, Bulgarien, Serbien, Ungarn und Österreich nach Deutschland gekommen war. Laut der europäischen Asylregelung, den sogenannten Dublin-Regeln, hätte der Syrer eigentlich nach Bulgarien zurückgeschickt werden müssen, denn dort war er erstmals in der EU registriert worden.

Die Abschiebung scheiterte, weil der Mann nicht in seiner damaligen Unterkunft in Bielefeld angetroffen wurde. Unter anderem komplizierte bürokratische Fristsetzungen verhinderten die erneute Überstellung nach Bulgarien. Über diese und weitere Gründe der gescheiterten Abschiebung entspannte sich ein heftiger politischer Streit in Nordrhein-Westfalen und im Bund.

Quelle: dpa/wdr



Diskussion um Migrationspolitik

Keine Einigkeit unter den Fraktionen

Das Attentat von Solingen hat die Diskussion um die Migrationspolitik erheblich verschärft. Die Fronten zwischen den Fraktionen sind verhärtet. Dies zeigt sich in der Ampelregierung in Berlin. Auch im Landtag wurden die Unterschiede zwischen den Parteien bei der Debatte über drei Oppositionsanträge deutlich.

Angesichts hoher Zuwanderungszahlen hat die AfD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, den Migrationsnotstand für MV auszurufen. „Teilen Sie dem Bund offiziell mit, dass die Aufnahme- und Integrationskapazitäten des Landes erschöpft sind“, sagte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD). Über das Asylrecht seien in Deutschland in den vergangenen Jahren 3,5 Millionen Menschen aufgenommen worden. Tadsen verwies auf Länder wie die Niederlande oder Schweden, wo eine „echte Politikwende“ eingeleitet worden sei. „Diese Politikwende muss herkommen, wenn wir Integrationsfähigkeit wieder denken wollen.“ Die Kommunen seien überfordert. Tadsen warf der Ampelregierung im Bund und der Landesregierung Symbolpolitik vor. Diese führe dazu, dass immer mehr Bürger der Meinung seien, dass nichts passiere. Auch die Kriminalitätsbelastung sei ein großes Thema. Der AfD-Politiker erwähnte die Gewalttaten von Mannheim und Solingen: Diese seien auch deshalb so angsteinflößend, weil sie von radikalisierten Einzeltätern verübt worden seien. „Sie waren nicht auf dem Schirm der Sicherheitsbehörden zu sehen.“ 73 Prozent der Menschen in Deutschland sprächen sich für konsequente Grenzkontrollen aus. „Diese Stimmung in der Bevölkerung darf nicht länger auf die Probe gestellt werden“, sagte Tadsen.

Angesichts der Zuwanderungszahlen müsse die Frage gestellt werden, was die Gesellschaft noch leisten kann, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**. „Sind die Kommunen nicht überfordert, was macht das mit dem Sicherheitsgefühl und der realen Sicherheitsituation?“ Die Migrationskrise drohe zu einer Kriminalitätskrise zu werden, „wenn

sie es nicht schon in Teilen ist.“ Die Menschen in MV nähmen das wahr. „Und sie fühlen sich veralbert, wenn wir das nicht ernst nehmen und nicht wirklich darüber diskutieren.“ Peters bot an, dass die CDU bei diesem Thema sehr eng mit der Landesregierung zusammenarbeiten könne. Es sei offensichtlich, dass der rot-roten Koalition die Kraft fehle. „Sie werden auf die Opposition angewiesen sein.“ Er könne auch gerne mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) nach Kopenhagen fahren, um zu lernen, wie die dortige sozialdemokratische Regierung in der Asylpolitik handle. Große Teile der Bevölkerung in Deutschland und MV seien nicht mehr bereit, den bisherigen Kurs mitzutragen. „Wenn die Bereitschaft nicht da ist, dann müssen wir umkehren.“ Diese Politik fortzusetzen würde den Nährboden für extremistische Kräfte bereiten, warnte der CDU-Politiker.

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**, kritisierte, dass mehrere Parteien nach dem Attentat von Solingen in einen Überbietungswettbewerb über weitestgehende Einschränkung des Asylrechts mit zum Teil menschenverachtenden Forderungen eingestiegen seien. „Eine Debatte darüber, wie wir unsere offene Gesellschaft wirklich schützen können und konkret verhindern, dass junge Menschen sich überhaupt radikalieren und bewaffnen, fand bis heute nicht statt“, sagte Oehrich. Die effektivste Präventionsstrategie sei eine koordinierte und frühzeitig einsetzende Präventionspolitik auf der kommunalen Ebene, betonte die Grünenpolitikerin. „Hier in den Städten und Gemeinden findet das alltägliche Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte statt.“ Hier müssten Angebote geschaffen und erweitert werden. Auch müssten die psychosozialen Zentren in MV ausgebaut werden. Diese stärkten nicht nur das individuelle Wohl der Betroffenen, sondern auch die innere Sicherheit.

„Die terroristische Tat von Solingen darf nicht dazu instrumentalisiert werden, die Migrationsdebatte in Gänze auf Ab-

wege zu führen“, betonte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). Mit Hass gegen Migranten, dem Propagieren von rechtsextremen Forderungen oder den Menschen unter grundlosen Generalverdacht stellen werde nur Spaltung, Hass und Misstrauen geschaffen. Deshalb sei eine Reform des europäischen Asylrechts oder die konsequente Rückführung ausländischer Straftäter notwendig. „Die effektivste Präventionsstrategie gegen Gewalt ist eine koordinierte, frühzeitig einsetzende Präventionspolitik auf kommunaler Ebene“, sagte Drese. Die Ministerin verwies auf das im April 2024 in Kraft getretene Landesintegrations- und Teilhabegesetz. Dort werde die Gestaltung von Integration noch verbindlicher geregelt. So sollen die Mitspracherechte von Menschen mit Einwanderungsgeschichte gestärkt sowie die Integrationsangebote und Strukturen gefestigt und gefördert werden. „Wer gut integriert ist, bekämpft unsere Gesellschaft nicht, sondern stützt und bereichert sie.“ Drese machte deutlich, dass viele gesellschaftliche Bereiche ohne Migrantinnen und Migranten in ihrer Existenz bedroht wären.

Mit der aktuellen Diskussion um Migration wird nach Ansicht von **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) bestehendes Recht mit Füßen getreten. „Seit Monaten erleben wir einen Wettbewerb der Schabigkeiten.“ So übernehme die Ampelregierung AfD-Forderungen. In dieser Debatte gingen der humanitäre Aspekt und das Bewusstsein, dass über Menschen gesprochen werde, verloren. Die Menschen würden vor Verfolgung, Kriegen, eklatanten Menschenrechtsverletzungen oder den Auswirkungen des Klimawandels fliehen. Dieser politische Überbietungswettbewerb nach

rechts werde am Ende nur die AfD stärken und keine realen Probleme lösen, betonte Pulz-Debler. Dabei zählte sie Wohnraummangel, Inflation, Klimakrise, Altersarmut oder Gesundheitssystem auf. „Nicht die Geflüchteten sind das Problem, es ist die ungerechte Verteilung von Reichtum und die daraus resultierende soziale Spaltung“, machte Pulz-Debler deutlich. Sie wies darüber hinaus darauf hin, dass die Asylzahlen im Jahr 2024 rückläufig seien. Hochgerechnet sei mit 262 000 Asylanträgen zu rechnen, 26 Prozent weniger als im Vorjahr. „Wir haben keinen Migrationsnotstand, wir haben einen Populismus- und einen Rassismusnotstand.“

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, stellte fest, dass Teile der rot-roten Landesregierung noch immer kein Bewusstsein dafür haben, dass dringend Lösungen für die Migrationsfrage benötigt werden. „Dann haben Sie das Gefühl für die Menschen im Land verloren.“ Domke betonte die Notwendigkeit von Sprach- und Integrationskursen. „Aber Singen und Klatschen und Zusammenkommen hindern niemanden daran, sich zu radikalieren.“ Solche Menschen hätten kein Interesse an diesen Kursen und gingen auch nicht hin. Das eigentliche Problem seit den Jahren 2015/2016 sei, dass viel geredet worden, aber nichts passiert sei, kritisierte Domke. „Nichts im Interesse der Menschen im Land ist umgesetzt worden.“ Er begrüßte, dass die CDU mit ihrem Antrag dabei sei, die damaligen Fehler zu korrigieren. Die Menschen in MV erwarteten klare und praktikable Lösungen. „Sie wollen nicht dieses Herumpalavern.“ Die FDP forderte eine Expertenrunde zur Erarbeitung umfassender Lösungen für die Migrationspolitik.

Die zur Abstimmung gestellten Oppositionsanträge dienen nach Ansicht von **Martina Tegtmeier** (SPD) dazu, das Asylrecht weiter zu verschärfen. „Diese Vorschläge sind aber teilweise rechtswidrig und vor allen Dingen lassen sie christliche Nächstenliebe wirklich vermissen.“ Es sei die humanitäre und völkerrechtliche Pflicht Deutschlands, Menschen in Not schnell und unbürokratisch zu helfen. „Wer nach Deutschland kommt und die Voraussetzungen für einen Schutz erfüllt, muss diesen bekommen.“ Durch mehr Härte könne sicherlich die Zahl der Abschiebungen gesteigert werden. „An den Fluchtursachen ändert sich dadurch jedoch leider nichts und daher auch nichts am Fluchtgeschehen“, sagte Tegtmeier. Sie betonte, dass nach ihrer Auffassung für MV kein Migrationsnotstand vorliege. Dafür gebe es auch keine Rechtsgrundlage. Im Gegensatz zur Haltung der AfD-Fraktion seien für die SPD-Fraktion die Taliban in Afghanistan keine Verhandlungspartner, um die Zahl der Abschiebungen in dieses Land zu erhöhen.

Die Anträge der AfD, der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden mehrheitlich abgelehnt

*Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 8/4094 –*

in Verbindung mit:

*Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 8/4110 –*

in Verbindung mit:

*Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 8/4088 –*



Eine freie Presse ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie.

Foto: Shutterstock.com

Tageszeitungen sollen unterstützt werden

Pressevielfalt unverzichtbar für Demokratie

Die Tageszeitungen weltweit befinden sich in der Krise. Das Internet, das in Sekundenschnelle Nachrichten rund um den Globus verteilt, entzieht den auf Papier gedruckten Erzeugnissen auf Dauer die Existenzgrundlage. Da aber die flächendeckende Versorgung per Internet noch nicht gewährleistet ist und Teile der Bevölkerung an der Zeitung festhalten, entsteht ein Konflikt.

Die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in einem gemeinsamen Antrag für den Erhalt der Pressevielfalt ausgesprochen. Sie forderten von der Bundesregierung eine innovationsoffene Förderung periodischer Presseerzeugnisse für eine flächendeckende Versorgung. „Ein hohes Gut in unserem Grundgesetz ist die Pressefreiheit“, sagte die SPD-Abgeordnete **Nadine Julitz**. Sie gewährleistete, dass Informationen frei verbreitet werden. Die Bürgerinnen und Bürger könnten sich so ein eigenes Bild machen und fundierte Entscheidungen treffen. „Die freie Presse leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratie.“ Die Transformation von klassischen Printmedien zu digitalen Ausgaben sei nicht aufzuhalten. „Wenn diese Entwicklung aber so schnell geht und Kostensteigerungen bei Personal, Druck und Verteilung den Verlagen keine Gelegenheit geben, diesen Prozess zu kontrollieren und zu begleiten, wird die freie Presse in

Schiefelage geraten“, zeigte sich Julitz überzeugt. Wenn aber die Tageszeitungen verschwinden, gebe es auch keine kommunale Berichterstattung mehr. Sie schlug einen runden Tisch zur Zukunft der Tageszeitungen vor. Dort sollten Bund, Länder und Verlage über die Rahmenbedingungen zur Wahrung der Unabhängigkeit der Presse sprechen. Der Bund müsse in Verantwortung genommen werden.

Für die Landesregierung sei klar, dass die gedruckte Zeitung und eine in der Debatte demokratisch gelebte Medienvielfalt essentiell ist, sagte der Staatssekretär in der Staatskanzlei, **Patrick Dahlemann** (SPD), der nach einer Änderung der Geschäftsordnung erstmalig in seiner Funktion als parlamentarischer Staatssekretär im Plenum sprechen konnte. „So wie wir den öffentlichen Rundfunk in unserem Land brauchen, brauchen wir Zeitungen für die Bürgerinnen und Bürger.“ Einer der berechtigtesten Gründe für die Kündi-

gung eines Zeitungsabonnements sei die Unzufriedenheit eines Lesers mit den Inhalten seiner Zeitung. Wenn aber der Preis für die Tageszeitung wegen der geringen Verkaufszahlen, der hohen Kosten und weiten Verteilungswege immer weiter steigt und Bürgerinnen und Bürger deswegen kündigten, dann müsse sich die Politik dem stellen, betonte Dahlemann. Es gebe allerdings keine dauerhafte Garantie für eine gedruckte Zeitung. „Wenn es nicht mehr die gedruckte Zeitung ist, dann muss es das konsumierbare Medienangebot in digitaler Form sein.“

„Eine unabhängige Presse kann immer nur dann existieren, wenn sie nicht von der staatlichen Hand abhängig ist, die sie füttert“, erklärte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer**. Sie dürfe auch nicht abhängig sein von den politischen Wechselbewegungen in unterschiedlichen Legislaturperioden oder von den Geldgebern der Landesregierung, die je nach politischer Ausrichtung mit breitgefächerten Anzeigen versuchen, Einfluss auf die Presseerzeugnisse zu nehmen. Kramer kritisierte, dass die Antragsteller überhaupt keine Analyse für die Presselandschaft in MV vorgenommen haben.

Der Antrag bleibe deshalb offen, vage und letztlich unwissenschaftlich. „Die private Medienlandschaft muss marktwirtschaftlich bleiben.“ Das sei ein Garant für Qualität und die setze sich durch, sagte Kramer. Nothilfen für die Pressehäuser in Krisenzeiten dürften generell nicht ausgeschlossen werden. „Aber auch hier muss der Fokus auf der Unabhängigkeit der Medienhäuser liegen.“ Kramer warf den Antragstellern vor, dass diese unter Pressevielfalt Zuwendungen an die verstehen, die behilflich seien, die Opposition zu bekämpfen.

Für **Franz-Robert Liskow** (CDU) klingt das Ansinnen des Antrags, die Pressefreiheit und die flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, zwar nobel, sei aber im Detail schwach. Der freie und unabhängige Journalismus sei eine der tragenden Säulen des demokratischen Rechtsstaats. Nach Liskows Meinung könnte der Antrag von den Menschen im Land so verstanden werden, dass sie jetzt auch noch eine Zeitungs-GEZ zahlen müssten. „Die denken, dass sie neben Fernsehsendern, die sie nicht schauen, jetzt auch noch eine Zeitung bezahlen sollen, die sie nicht lesen.“ Für Liskow liegt das zentrale Problem des Antrags in der staatlichen Förderung der Presse. „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Unabhängigkeit der Medien vom staatlichen Einfluss das Grundprinzip unserer Demokratie ist.“ Es stelle sich die Frage, ob die Presse dann noch ihre Rolle als vierte Gewalt unabhängig und frei ausüben kann. Er sehe auch die Gefahr einer drohenden Wettbewerbsverzerrung und einer Ungleichbehandlung, die möglicherweise den kleinen und innovativen Akteuren in der Branche schade. Die Zukunft liege klar bei den digitalen Medien. „Statt ein auslaufendes Modell zu subventionieren, müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, um digitalen Journalismus und innovative Geschäftsmodelle zu fördern.“

Michael Noetzel (DIE LINKE) sagte, dass sich die Antragsteller für die versprochene Förderung auf Bundesebene stark machen werden, um Medienschaffende über die Landesmittel hinaus bei der notwendigen Umstellung und Er-

probung von neuen Vermarktungsstrategien zu unterstützen. Dabei müsse an die Bürgerinnen und Bürger gedacht werden, die weiter die gedruckten Zeitungen lesen wollten. Ohne qualitativ hochwertigen Journalismus fehle eine unabhängige Kontrollinstanz, die Missstände aufdeckt, wichtige Themen kritisch beleuchtet und den Dialog in der Gesellschaft fördert. „Dabei spielt lokaler Journalismus eine zentrale Rolle. Er bringt uns nicht nur die großen Schlagzeilen aus der Welt, sondern auch die Berichte und Geschichten, die sich direkt vor unserer Haustür abspielen.“ Um die Pluralität der Medien in MV nicht weiter sterben zu lassen, bedürfe es einer Förderung. „Denn eine zu einseitige Berichterstattung können wir uns in Zeiten von Populismus, Hetze und Fake News nicht leisten“, erklärte Noetzel. Nur wenn Journalistinnen und Journalisten unabhängig und nach hohen Standards arbeiten können, werde eine pluralistische und ausgewogene Berichterstattung sichergestellt. „Wir möchten den finanziellen Druck mindern, damit besser faktenbasiert, objektiv und klar berichtet werden kann.“

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies darauf, dass die Meinungsfreiheit ein garantiertes Grundrecht in der demokratischen Gesellschaft sei. „Ohne Meinungsfreiheit, keine Demokratie.“ Der unverzichtbare Kern einer Presse in demokratischen Gesellschaften sei also deren Freiheit und Unabhängigkeit. „Und Unabhängigkeit heißt frei von politischen Vorgaben.“ Zur Unabhängigkeit der Presse gehörten aber auch unabhängig arbeitende Journalisten, deren Sicherheit und auch das Recht der Schweigepflicht garantiert werden muss. Zur Pressefreiheit gehöre aber auch für die Bevölkerung ein niederschwelliger Zugang zu unabhängigen Presseergebnissen. Da hätten die Bewohner ländlicher Räume einen Nachteil. Gleichzeitig gebe es in den Regionen durch den wirtschaftlichen Druck auf die Presseverlage das Problem der Personalausdünnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprächen sich von dem Antrag, dass der niederschwellige Zugang, die Vielfaltigkeit und die Unabhängigkeit der Presse in ländlichen Regionen sichergestellt werden können.

David Wulff (FDP) gab zu bedenken, dass es für „kleine Oppositionsfraktionen mit starker Meinung“ schwierig sei, in den Zeitungen bemerkbar zu sein. „Wir tauchen in der Regel nur auf, wenn wir wirklich rhetorisch überziehen.“ Differenzierte Debatten erforderten auch eine öffentliche Debattenkultur und das sei in der Medienlandschaft wegen des wirtschaftlichen Drucks manchmal schwer. Er könne deshalb die Intention des Antrags verstehen. Er kritisierte aber: „Das Ergebnis ist hier wieder die Intervention des Staates mit Steuergeldern.“ Damit solle in ein marktwirtschaftliches System interveniert werden - in das ganz besonders geschützte System der Pressefreiheit. „Und das halte ich für ein ganz großes Problem.“ Wieder maßten es sich Politiker an, besser zu wissen, wie ein Geschäftsmodell funktioniert, kritisierte Wulff. „Es sind Politiker, die wieder besser wissen, was man unterstützen und fördern muss, damit irgendetwas am Markt Erfolg hat.“ Er verwies auf das System des Rundfunkbeitrags. Das verhindere, dass Medien aus Steuergeldern finanziert werden und der Staat damit mit öffentlichen Geldern direkten Einfluss auf die Berichterstattung hat.

Der Antrag von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in mehreren Einzelabstimmungen mehrheitlich angenommen.

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 8/4102 –

Landtagswahlen in drei Bundesländern

Deutliche Veränderungen in den Parlamenten

Berichte

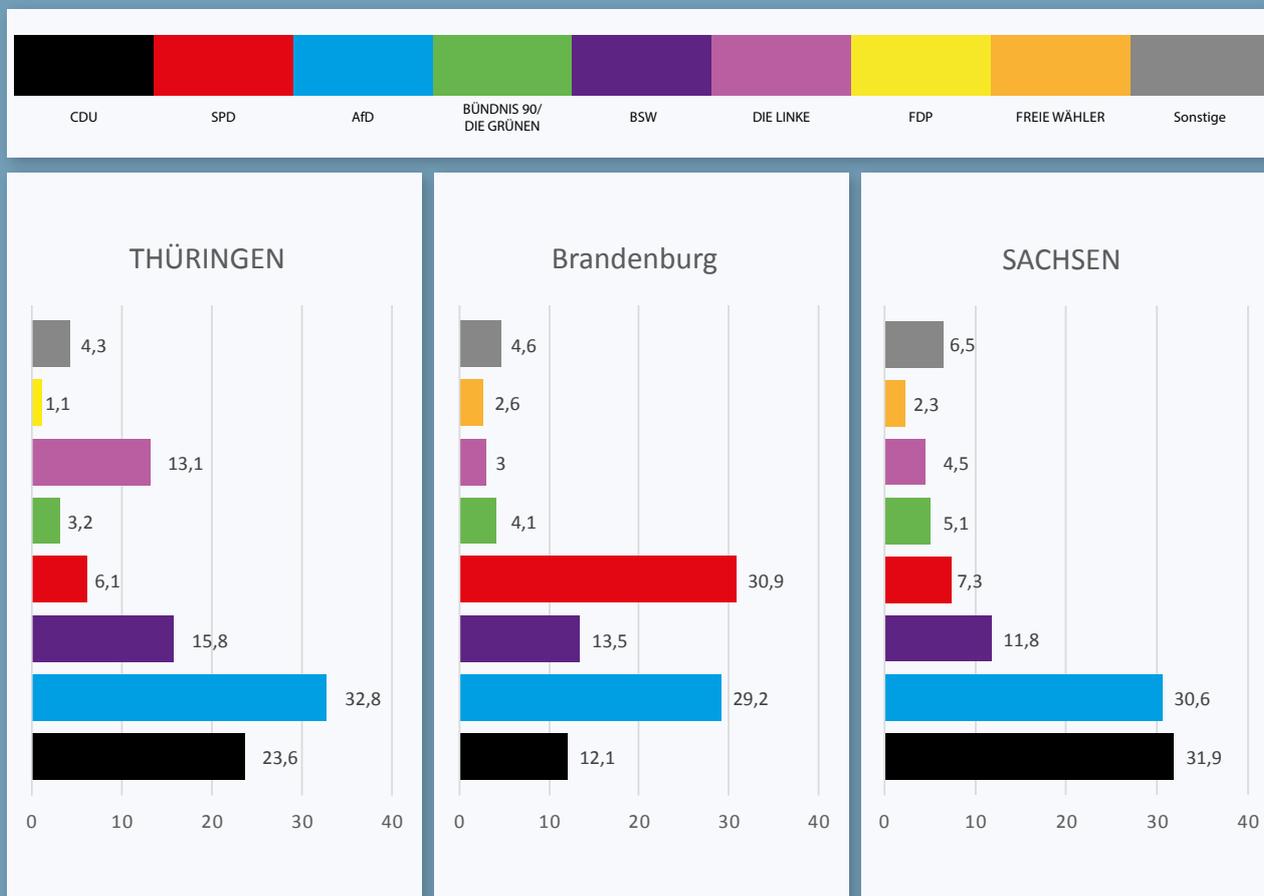
Sachsen, Thüringen und Brandenburg wählten im September neue Landtage. Neben deutlichen Gewinnen für die AfD sprachen sich die Wähler in den drei ostdeutschen Bundesländern für eine veränderte Zusammensetzung ihrer Landesparlamente aus. Aus diesen Ergebnissen schlussfolgerte die AfD-Fraktion in MV, dass es kein „Weiter so!“ geben könne. In einer von ihr beantragten Aussprache begründete sie diesen Standpunkt. Die anderen Fraktionen trugen eigene Interpretationen der Landtagswahlen bei. Sie warfen der AfD generell vor, Ängste zu ihrem Vorteil zu schüren, aber keine Lösungen anzubieten.

„Die Ostdeutschen haben selbstbewusst gewählt und eines klargemacht: Ein ‚Weiter so!‘ kann es nicht geben“, leitete **Horst Förster** (AfD) seine Ausführungen ein. Das Wahlergebnis bedeute „einen Sieg für die Demokratie“ und zeige, dass „der Osten anders tickt“. Aufgrund ihrer Erfahrungen hätten Ostdeutsche „ein besseres Gespür für Wahrheit und Propaganda“ und ließen sich „nichts vormachen“. Sie seien weder „Nationalisten“ noch „Ausländerfeinde“, sondern erkannten, was die „irreguläre Massenimmigration“ bereits angerichtet habe. Auch beim Ukrainekrieg sei Ostdeutschen klar, dass es „außer den Gewinnern USA und Rüstungsindustrie, nur Verlierer geben wird“. Der Abgeordnete hoffte auf eine Übertragung dieser Ost-Stim-

mung auf den Westen. „Es kann nicht sein, dass Deutschland nach den Erfahrungen zweier Weltkriege und im Friedensgebot seiner Verfassung, nach den USA Spitzenreiter bei der militärischen Unterstützung der Ukraine ist.“ Die „klare Ansage der Ostdeutschen“ an den Westen laute: „Es wird kein ‚Weiter so!‘ geben“, schloss Horst Förster.

„Ja, es stimmt, die Menschen im Osten haben selbstbewusst gewählt“, gab **Julian Barlen** (Fraktionsvorsitzender SPD) zu. Genau für „solche freien Wahlen sind mutige Menschen vor 35 Jahren auf die Straße gegangen“. Nach dem „latent siegestrunkenen Redebeitrag der AfD“ wolle er darauf hinweisen, dass „rund 80 Prozent der Wahlberech-

Ergebnisse Landtagswahl 2024 – Thüringen | Sachsen | Brandenburg



tigten in Brandenburg“ nicht die AfD gewählt hätten und 60 Prozent seien „explizit gegen eine Regierungsbeteiligung“ der AfD. Eine selbstbewusste Gesellschaft beruhe nicht auf „Polarisierung, Desinformation, Ausgrenzung und Angst“, argumentierte der Abgeordnete, sondern auf „Gerechtigkeit, Zusammenhalt, Wahrhaftigkeit und Fortschritt“. Am Ende werde in allen drei Bundesländern niemand mit der AfD zusammenarbeiten. Doch genau darum ginge es, unterstrich Julian Barlen: Verantwortung übernehmen, Vertrauen aufbauen, Lösungen für die Zukunft tragen. Auch in MV sei der Weg „mit Stabilität, mit Teamgeist, mit abrechenbarer Regierungspolitik gemeinsam das Land voranzubringen“ und als Koalition auf die Themen zu setzen, welche „die Menschen hier im Land bewegen“.

Sebastian Ehlers (CDU) gab zu bedenken, dass die AfD überall um die 30 Prozent „geholt hat“ und das BSW „durch die Decke geht“. Der Abgeordnete sah darin „durchaus tektonische Verschiebungen unserer Parteienlandschaft“. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, „dass bestimmte Themen im Osten des Landes anders bewertet werden als im Westen“. Dazu gehörten das Thema Ukrainekrieg oder die Stationierung von US-Raketen. „Die Frage ist ja, wie geht man damit um“, stellte Sebastian Ehlers in den Raum. Auf keinen Fall dürfe der Diskussion dazu ausgewichen werden. Dafür brauche es auch keine Ratschläge aus den alten Ländern.

Angesichts der „gemischten“ Ergebnisse der CDU riet der Abgeordnete, „über Gemeinsamkeiten“ im Interesse des Landes zu reden. Dabei blicke er mit Sorge auf die Regierungskoalition in MV. Die SPD regiere mit einem Partner, der sich „im Überlebenskampf befindet“. Auch bewegten sich die Ansichten beim Thema Migration und innere Sicherheit „weit auseinander“. Das nähre Zweifel, ob beide Fraktionen „noch in der Lage sind, [...] die entscheidenden Themen anzupacken“.

„Der Osten lebt!“, hob **Michael Noetzel** (DIE LINKE) mit Blick auf die hohe Wahlbeteiligung von fast 73 Prozent in Brandenburg hervor. Er hielt

das für „ein starkes Zeichen“, denn die Menschen nähmen „ihr wichtigstes demokratisches Recht“ ernst. Die unterschiedlichen Interpretationen der Wahlergebnisse „irritierten“ ihn teilweise. Für DIE LINKE seien die Wahlen „ernüchternd“ gewesen. Ein „Weiter so!“ könne es nicht geben. Michael Noetzel fand es „fatal“, dass in Brandenburg nun eine „starke linke Stimme für soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit fehlen wird“. Leider wurde in den drei Bundesländern Wahlkampf mit Fragen zur Migration gemacht, die nicht auf Länderebene „beantwortet“ werden können. Das Wohl der Republik von der Zahl ankommender Schutzsuchender abhängig zu machen, sei „falsch“. Auch für die CDU dürfe es kein „Weiter so!“ geben und er forderte die Partei auf: „Hören Sie auf, den rechten Menschenfeinden hinterherzurennen! [...] Kehren sie in die Mitte der Gesellschaft zurück! Es kann kein ‚Weiter so!‘ geben!“

„Selbstverständlich“ hätten die Wähler in den drei Bundesländern „selbstbewusst“ gewählt, bekräftigte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und verwies auf das Engagement der „bürgerbewegten Ostdeutschen“ beim Überwinden von „Unfreiheit, Diktatur und des Unrechtsstaats DDR“ während der friedlichen Revolution. Für die Bündnisgrünen als Rechtsstaatspartei gebe es nichts anderes als ein „Weiter so!“ bei der Verteidigung von Freiheit und Demokratie. Beides brauche „Verantwortungsbewusstsein und Menschlichkeit“, denn ohne Verantwortung gebe es keine Freiheit. Der Abgeordnete drang auf einen Triumph der „Solidarität der Demokraten“ über „Parteienstreit, politische Verunglimpfung, Respektlosigkeit und Ehrabschneidung“. Die Bereitschaft zum Bündnis werde so zum Schlüssel bei der „gemeinsamen Bewältigung der aktuellen Krisen“. Gerade in Bezug auf Krieg und Frieden habe die AfD nicht ein Wort über ihre Haltung zum Grundgesetz oder zum Völkerrecht verloren. Seine Fraktion stelle sich entschieden gegen ein „Weiter so!“ der AfD beim Thema Migration.

Die Wahlergebnisse sendeten ein „deutliches Signal“ an alle Parteien,

mahnte **René Domke** (FDP), doch besonders an die Ampelparteien räumte er „selbstkritisch“ ein. Natürlich habe der Osten „selbstbewusst gewählt, ja was auch sonst“, stellte der Abgeordnete klar. Es störe ihn, wenn am Selbstbewusstsein des Ostens gezweifelt würde. Dennoch dürfe es in wichtigen Punkten kein „Weiter so!“ geben. Die Menschen hätten nicht mehr das Gefühl, dass es in der Politik um ihre Lebenswirklichkeit ginge. Sie wollten sich auch keine Moralisierung „überstülpen“ lassen. Das entlade sich dann irgendwann. René Domke warnte davor, Lösungsvorschläge der Opposition zu verwerfen, nur weil sie „nicht aus der eigenen Feder stammten“. Die Menschen wollten nicht diese „Parteientaktik“ oder „Strategiespielchen“. Am Ende mache jede im Landtag fehlende demokratische Kraft das Parlament ärmer und zudem profitiere der „populistische Block“. Wenn keine Koalition mehr möglich werde, führe das zum Stillstand. Darum wandte sich der Abgeordnete an die „politische Mitte“, da er überzeugt sei, „dass Zukunft nur aus der Mitte gestaltet werden kann“.

Horst Förster (AfD) vermisste in der Debatte „Einsicht, Bedenken“ und „vernünftige Analyse“. Niemand dürfe übersehen, dass „eine Zäsur“ stattgefunden habe und einer Mehrheit bewusst geworden sei, dass es auf Gebieten wie der Migration „einfach so nicht weitergeht“. Er beziehe seine Fraktion in die Forderung nach einem „ganz nüchternen“ Überdenken der Situation in Deutschland ein. Niemand solle sich was vormachen. So wie das Asylrecht „praktiziert“ werde, habe es sich als „völlig dysfunktional erwiesen“. Diesbezügliche Kritik der AfD wurde stets als „rechtsextremes Geschwätz“ abgetan. Aber nun sage es die CDU und dann sei es eine Argumentation der Mitte. Dabei gehöre das Thema Migration sehr wohl auf die Landesebene. Es passe „in jede Schublade“, genauso „wie der Krieg, der viele Leute ängstigt“, verdeutlichte Horst Förster. Man müsse „vernünftig“ darüber reden können, dass „nach zwei verfluchten Weltkriegen und dem Segen der Wiedervereinigung, dieses Land eine Sehnsucht hat, vereint in Frieden weiterzuleben und sich nicht in einen Krieg ziehen zu lassen, der nicht unser Krieg ist“.



Bevor ausgebildete Rettungskräfte vor Ort sind, müssen Opfer meist bereits von Laien versorgt werden.

Foto: nordreport

Gewappnet für Krisen und Gefahren

Stärkung von Katastrophenschutz und Selbsthilfefähigkeit der Zivilgesellschaft gefordert

Wie gut ist die Bevölkerung in der Lage, auf Naturkatastrophen oder besondere Notsituationen wie Industrieunfälle, Sabotage und Terroranschläge zu reagieren, stellte die FDP zur Diskussion. Alle Fraktionen verpflichteten bei, dass der Zivil- und Katastrophenschutz unabdingbar für eine widerstandsfähige Gesellschaft sei. Allerdings wollten sie nicht den FDP-Vorschlägen zur Einführung verpflichtender Zivil- und Katastrophenschutzkurse für Jugendliche ab der achten Klasse folgen. Denn generell müssen die staatlichen Hilfsorganisationen in der Lage sein, Menschen in Krisenlagen zu schützen.

Hochwasser, Tornados oder Großbrände sind auch in MV „lebensebene“ Gefahren, sorgte sich **David Wulff** (FDP). In gewissen Fällen könnten Rettungskräfte nicht jedem sofort helfen. Daher plädierte seine Fraktion dafür, die Fähigkeit zum Selbstschutz und zum Umgang mit gefährlichen Vorkommnissen zu verbessern. Man könne zum Beispiel durch Projektunterricht an den Schulen das notwendige praktische Wissen in die Bevölkerung „hineintragen“. Dazu gehöre zum Beispiel, wie man zeitweise ohne Strom oder Wasser auskomme oder Hilfe organisieren könne. Im Ergebnis werde „Vertrauen“ in die „eigene Leistungsfähigkeit“ aufgebaut und die Bevölkerung entwickle „viel mehr Resilienz und Widerstandskraft gegen solche Ereignisse“, zeigte sich David Wulff überzeugt. Außerdem hoffte der Abgeordnete, dass der intensivere Kontakt mit den Hilfsorganisationen

zu mehr ehrenamtlichem Engagement führe.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) stimmte der FDP hinsichtlich der Wichtigkeit des Katastrophenschutzes zu. Darum existiere das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Dessen Handlungsratgeber habe sein Ministerium nachgedruckt. Der Minister wäre schon froh, wenn die Bürger bei Sirenenalarm das Radio einschalteten und den Anweisungen Folge leisteten, oder wenn auf jedem Mobiltelefon eine Warnapp installiert wäre. Er warb bei allen Fraktionen darum, diese Mindestmaßnahmen so breit wie möglich publik zu machen. Es überzeugte Christian Pegel nicht, in die dicht gepackten Schulpläne auch noch „das ganze Thema Bevölkerungsschutz“ aufzunehmen. Er befürwortete aber „praktische Handlungsabläufe der Ersten Hilfe“ in das Fach Biologie zu

integrieren. Dies werde im Bildungsministerium derzeit erarbeitet. Generell sah der Minister „Elternhaus und Zivilgesellschaft“ in der Pflicht, das Bewusstsein für Notlagen zu schärfen.

Der Minister habe schon viel angesprochen, knüpfte **Nikolaus Kramer** (Fraktionsvorsitzender AfD) an. Kritisch begegnete der Abgeordnete den von der FDP vorgeschlagenen „fragwürdigen, dirigistischen Maßnahmen“. Sie kollidierten mit der Selbstverantwortung der Schulen und den „übereichten“ Lehrplänen. Hier wäre es hilfreich gewesen, wenn die FDP ihre Vorstellungen mit Zahlen zur Stundenanzahl oder einer Stellenplanung untermauert hätte. Der Abgeordnete verwies auf die Nutzung bestehender Strukturen und Veranstaltungen von Feuerwehr, Rotem Kreuz und anderen Institutionen, oder über eine Einbindung der Thematik in relevante Fächer nachzudenken. Nikolaus Kramer erinnerte zudem an den Besuch des Innenausschusses beim Katastrophenschutz in Greifswald. Dort wurde den Abgeordneten „unisono“ erklärt, „das drängendste Problem“ bestünde in der nur zum Teil umgesetzten Helfergleichstellung im Land. Davon sei kein Wort im Antrag zu finden und darum könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Auch **Marc Reinhardt** (CDU) unterstrich die Wichtigkeit des Katastrophenschutzes und der Frage, wie die junge Generation an das Thema herangeführt werden könne. Dennoch äußerte er seine Bedenken, dazu ein Pflichtprogramm an den Schulen einzuführen. Als Bildungspolitiker wisse er, wenn man in den Lehrplan „vorn was reinschiebt“, müsse man hinten auch „irgendwie [...] was rausholen“. Sonst komme es dazu, dass „wir vielleicht wieder sonnabends in die Schule gehen“. Konsequenterweise solle dann auch über Lehrpersonal, deren Aus- und Fortbildung sowie die Lehrinhalte geredet werden. Darum kam Marc Reinhardt der Antrag „unkonkret“ vor. Andere Bundesländer haben bereits Erfahrungen mit angepassten Lehrplänen oder verpflichtenden Aktionstagen. „Das sind sicherlich Sachen, die man auch bei uns diskutieren könnte“, befand der Abgeordnete und schlug eine Überweisung in den Innen- sowie Bildungsausschuss vor.

Eigenverantwortung sei wichtig, und „in Krisensituationen kann die Fähigkeit, schnell und richtig zu handeln, Leben retten“, bestätigte **Jeannine Rösler** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) und fragte, welchen Beitrag Kinder und Jugendliche leisten können. Deren Engagement in der Jugendfeuerwehr oder beim Jugendrotkreuz sei unterstützenswert. Zugleich gebe es an den Schulen Aktionstage, regelmäßigen Probealarm und die Behandlung von Aspekten des Katastrophenschutzes im Sachkundeunterricht. Da ihre Fraktion verpflichtende Kurse für „nicht notwendig“ halte, lehne sie den Antrag ab. Die FDP-Forderung nach „einer umfassenden Strategie zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaft“ sei „vollkommen berechtigt“, aber die Verantwortung dafür auf die Schulen zu übertragen, hielt Jeannine Rösler für den „falschen Ansatz“. „Resilienz muss auf vielen Ebenen gestärkt werden“, erklärte die Abgeordnete, „von der öffentlichen Infrastruktur bis hin zu den professionellen Einsatzkräften“ in enger Kooperation aller Akteure.

Der Antrag verspreche Großes, fordere aber „vor allem leichte, schulische

Maßnahmen“, urteilte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Das werde der Herausforderung nicht gerecht. Das „Rückgrat“ der „Blaulichtorganisationen“ bildeten mit über 90 Prozent die Ehrenamtlichen. Hier müssen „bessere Rahmenbedingungen“ angepackt werden, schlug die Abgeordnete dem Antragssteller vor. Bezüglich einer höheren Resilienz unserer Gesellschaft solle die FDP dann auch einen Blick auf das sozialpolitische Umfeld wagen. Dies brauche „starke Gemeinschaften und die individuelle sowie kollektive Befähigung zum Umgang mit Unsicherheit“ als „Ergänzung zur Politik sicherer Netze“. Die klassischen „Resilienz-Instanzen“, wie Familie, Schule, Nachbarschaft, Kirche, seien unzureichend ausgestattet. Darum führe kein Weg an der Stärkung der sozialen Arbeit, des freiwilligen Engagements und der Vereine vorbei. Hier greife der Antrag viel zu kurz und darum enthalte sich ihre Fraktion.

Ralf Mucha (SPD) hob das „zweifelloso lobens- und beachtenswerte“ Ziel der FDP hervor. Als gewählter Volksvertreter habe jeder die Pflicht, sich um die Sicherheit und das Wohlergehen aller Mitbürger zu sorgen. Deshalb stehe die SPD-Fraktion für die Auffassung, dass Verbesserungen in allen Bereichen des Katastrophenschutzes „eines ganzheitlichen Ansatzes bedürfen“. Das bedeute „ein Zusammenspiel von Bildung, sozialer Sicherheit, fundierter Infrastruktur und einem starken Katastrophenschutz, der in allen gesellschaftlichen Bereichen verankert ist“. Die Drucksache biete hier „keine sinnvolle Gesamtlösung“ an. Zudem bemerkte der Abgeordnete, dass viele Punkte bereits in der laufenden Novellierung des Landeskatastrophenschutzgesetzes in einem „umfassenden und strukturierten Ansatz“ Berücksichtigung fänden. Darum lehne seine Fraktion auch eine Überweisung ab, da sich die Ausschüsse ohnehin mit der Novelle beschäftigen werden.

David Wulff (FDP) freute am Ende der Debatte die „breite Zustimmung“ zum Thema und die Einigkeit beim Ziel. Das Argument, der Antrag greife zu kurz, enttäuschte ihn. Denn

die FDP habe in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorlagen eingereicht, die alle abgelehnt wurden. Es sei richtig, dass ein „professionelles Katastrophenschutzsystem mit vielen freiwilligen Helfern“ existiere, nur könnten sie nicht sofort überall sein. Wenn die Menschen dann „grob wissen“, was in Notlagen zu tun sei, hätte das „schon echt einen großen Effekt“. David Wulff erkannte die Möglichkeit zum Ausbau bestehender Projekte an. Noch besser wäre ein Konzept für verpflichtende, praxisorientierte Projekte bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder dem Katastrophenschutz im Rahmen der Ganztagschule. Dem Abgeordneten war bewusst, dass sich sein Antrag auf „ein großes umfassendes Thema“ bezöge. Darum wäre auch die Diskussion einzelner Punkte in den Ausschüssen sinnvoll, die in ein Gesamtkonzept einfließen könnten.

DIE LINKE und die SPD lehnten eine Überweisung ab; alle anderen Fraktionen stimmten dafür. Der Antrag pasierte bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU und durch die Ablehnung von DIE LINKE, SPD sowie AfD nicht das Parlament.

Antrag FDP Drucksache 8/4103

Wärmeplanung so einfach wie möglich

Landesverordnung ist in Arbeit

Am 1. Januar 2024 trat das Wärmeplanungsgesetz des Bundes in Kraft. Es fordert Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern auf, bis Ende Juni 2026 einen Plan für eine klimafreundliche Wärmeversorgung von Gebäuden zu erarbeiten. Kleinere Kommunen haben zwei Jahre länger Zeit. Für Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern können die Länder vereinfachte Verfahren festlegen. Noch immer sei dies in MV nicht geschehen, kritisierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung. Die Fraktion forderte dafür einen verbindlichen Zeitplan und die Einrichtung einer fachlichen Beratung. Darum verlangte die Fraktion die Vorlage eines Eckpunkteapiers mit den wichtigsten Parametern und Zuständigkeiten für die Wärmeplanung bis zum 15. Oktober 2024 und bis Ende 2024 die Veröffentlichung des entsprechenden Gesetzes.

Ohne Landesgesetzgebung zur Wärmeplanung, kritisierte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Landesregierung, könne die Wärmeplanung nicht auf den Weg gebracht werden. Dabei dauere eine Wärmeplanung mindestens zwei Jahre, mahnte der Abgeordnete. Es müsse Personal gefunden, Dienstleister beauftragt und mit Nachbargemeinden Absprachen getroffen werden. Das „Trödeln“ der Landesregierung bringe unnötig „Zeitdruck“. Auch Planungsbüros „wachsen ja nicht auf Bäumen“. Die Gemeinden stehen vor einer großen Herausforderung und das Land versäume, ihnen „unter die Arme zu greifen“. Weder die rechtlichen noch die finanziellen Rahmenbedingungen seien bekannt oder die Strukturen für die Beratung der Gemeinden. Dabei sollte allen klar sein: „Je früher die Wärmepläne vorliegen, desto besser für die Vermeidung von Fehlinvestitionen“, gerade bezüglich der „verbindlichen Ausweisung eines Wärme- und Wasserstoffnetzgebietes“.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) erklärte Hannes Damm, dass der Erlass von Rechtsverordnungen nicht in der Verant-

wortung des Landtags, sondern der Landesregierung läge. Auch betonte der Minister, dass schon viele Gemeinden bei der Wärmeplanung „unterwegs“ seien. Mit ihnen werde seit Monaten beraten, um „weitreichende Vereinfachungen“ zu identifizieren sowie Rechtssicherheit und Verbindlichkeit zu garantieren. Das mache man nicht „husch-husch“, mahnte Christian Pegel. Gerade kleine Gemeinden hätten keine „ganz großen Planungsoptionen“. Darum solle den Kommunen bei der Wärmeplanung viel Gestaltungsfreiraum zugestanden werden – mit wenig Kontrolle der übergeordneten Instanzen und möglichst einfach. Denn die Entscheidungen sollen Bestandskraft haben, auch bei bereits gezahlten Fördermitteln des Bundes. Letztlich brauche das Land kein Eckpunktepapier. Die Rechtsverordnung werde „in Gänze“ in die Anhörung der beteiligten Kreise gehen.

David Wulff (FDP) fand, der Minister habe die Bestandslage „schon ziemlich gut herausgearbeitet“. Seine Fraktion setze „sehr großes Vertrauen“ in die Kommunen, dass sie das „hinbekommen“. Die „sehr stark ländlich geprägte, dünn besiedelte Gegend“ in MV bedeute, dass nur die wenigen großen Orte „zentrale Angebote“, insbesondere für Fernwärme machen werden.

Der Antragsteller fordere Regionen, die nicht für Wasserstoff-Heizungen geeignet seien, von vornherein auszuschließen. Solchen „Reflex der Grünen“ für Vorschriften lehne seine Fraktion ab; ebenso die Idee für Kompetenzzentren. „Ich weiß nicht, wie oft wir noch darüber diskutieren müssen, dass unsere Landesfinanzen völlig im Eimer sind“, unterstrich David Wulff. Und dann sollen noch mit viel Geld „was wir nicht haben und Leuten, die wir nicht finden“, Kompetenzzentren eingerichtet werden. Diese politische Lösung der Grünen lehne die FDP ab.

Petra Federau (AfD) verwies auf den Begründungstext des Antrages, wo der Antragsteller bereits selbst erwähnt, dass die Landesregierung „keine Not-

wendigkeit“ für ein zusätzliches Beratungsangebot zur Wärmeplanung sehe. Und dennoch werde dies gefordert. Ihre Fraktion stimme der Einschätzung der Landesregierung zu, dass es schon zahlreiche Möglichkeiten zur Konsultation gebe. Dazu gehörten die Landgesellschaft MV mbH oder die LEKA MV. Die Leea GmbH für erneuerbare Energien in Neustrelitz unterstütze beim Finden einer Förderung. Petra Federau vermutete, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Anlaufstellen bekannt seien. Darum liege der „eigentliche Grund“ des Antrages eher darin, demjenigen „Personal“ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „welches überall aus den Parlamenten fliegt“ neue „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ einzurichten, um es „auf Steuerzahlerkosten irgendwie lukrativ weiterzuversorgen“. Dieser Antrag „ist selbstverständlich abzulehnen“.

Auch **Marc Reinhardt** (CDU) warf dem Antragsteller vor, den Menschen fast schon „ideologisch verböhrt“ vorschreiben zu wollen, wie sie leben und heizen sollen. Die meisten Kommunen im Land haben wenige hunderte Einwohner, oft auch über mehrere Ortsteile verstreut. Dort werde mit Gas oder Öl geheizt und später dann auf Wärmepumpen oder nachwachsende Rohstoffe umgestellt. Da sei „die Wärmeplanung weitestgehend abgeschlossen“ und dafür „jetzt groß Papier zu beschreiben und Planer zu beauftragen, halten wir deutlich für den falschen Weg“, entgegnete Marc Reinhardt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Fakt sei auch, dass manche Gemeinden auf die „eine oder andere“ Änderung nach der nächsten Bundestagswahl hofften. Kein anderes Gesetz habe zu „so viel Verdross und Verärgerung“ geführt. Das betreffe auch den „Anschlusszwang“ zur Fernwärme in großen Städten, wo die Preise schon jetzt enorm gestiegen seien.

Der Abgeordnete fasste zusammen: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz oder eine Verordnung zu erlassen, dann ist es notwendig, keine zu erlassen.“

Daniel Seiffert (DIE LINKE) stellte voran, dass seine Fraktion den Antrag ablehne und verwies dabei auf die Begründungen des Ministers. Die Vorwürfe der CDU halte er hingegen für „fehlgeleitet“ und „unfair“. Denn im Antrag ginge es nicht um das Heizungsgesetz, sondern allein um die Wärmeplanung. CDU und SPD hätten bereits 2019 das Bundesheizungsgesetz beschlossen. Und nun positioniere sich die Opposition dagegen und schüre mit „Falschbehauptung und ihrer „Angstmacherei“ Verunsicherung.

Denn „grundsätzlich“ sei Wärmeplanung richtig. Wenn 50 Prozent des gesamten deutschen Endenergieverbrauchs auf den Bereich Wärme entfielen, spiele das Thema Wärme „auf jeden Fall eine große Rolle“ und sei eine bedeutende Herausforderung. Die Regierungskoalition nehme das „sehr ernst“ und bleibe weiter dran, die Wärmeplanung rechtssicher ohne „weitere Fallstricke“ umzusetzen.

Ihre vorbereiteten Argumente seien schon fast alle genannt worden, begann **Martina Tegtmeier** (SPD). Wie der Innenminister hielt sie Hannes Damm entgegen, dass Verordnungen von den Ministerien „ohne zwingen-

de Beteiligung des Landtags“ erlassen werden. Vor allem käme es gerade hier darauf an, „nicht unter Zeitdruck“ zu arbeiten, sondern „im Konsens auch mit den kommunalen Spitzenverbänden und der kommunalen Ebene“.

Die Abgeordnete merkte an, sie sei im Antrag ebenfalls über das Thema Wasserstoff „gestolpert“. Sie halte es für den „richtigen Ansatz“, den Gemeinden zu überlassen, welche Gebiete von der Versorgung mit Wasserstoff ausgeschlossen werden sollen. Festhalten wolle sie, dass bereits viele Gemeinden auch ohne Vorgaben der Landesgesetzgeber ihre Wärmeplanung aufgestellt und bei den ortsansässigen Organisationen entsprechende Beratung eingeholt haben. „Also Herr Damm, auch wir werden Ihren Antrag ablehnen“, schloss Martina Tegtmeier.

Der Antrag beschreibe ein „grundlegendes Problem“, verteidigte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) am Ende der Debatte die Drucksache.

Andere Länder hätten bereits diese Landesverordnung. Darum gebe es eben Kommunen, „die auf dem Weg sind“, hielt er seiner Vorrednerin entgegen.

Hannes Damm stimmte Daniel Seiffert zu, dass es „richtig“ sei, an die Gesetzgebung juristisch „stichfest“ heranzugehen. „Schlicht, es dauert zu lange“, warf der Abgeordnete ein.

Hinsichtlich der Wasserstoffverfügbarkeit müssten die Menschen eine „informierte Entscheidung“ treffen können, ob sich der Einbau einer wasserstofffähigen Heizung lohnt. Jüngst habe Norwegen das Projekt einer Wasserstoffpipeline für Deutschland abgesagt. Wenn der Markt alles regeln solle, „stehen am Ende die Bürger ungeschützt da“ oder „bleiben dann im Kalten sitzen“. Ähnlich sehe es mit Wärmenetzbetreibern oder Industrien aus, die auf Wasserstoff setzten und dies langfristig planen müssten. Seine Fraktion wolle „Pleiten“ verhindern. Darum brauche es dieses Eckpunktepapier.

Dem Antrag stimmte lediglich der Antragsteller zu, alle anderen Fraktionen lehnten ab.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/4090

DIE LINKE fordert mehr Geld für Jobcenter

Die Fraktion DIE LINKE hat die Diffamierung von Bürgergeld-Bezieherinnen und -Beziehern als zutiefst unsozial beklagt. Dies sei der falsche Weg, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen, sagte Henning Foerster (DIE LINKE). „Stattdessen brauchen unsere Jobcenter Planungs- und Rechtssicherheit.“ Mit dem Bezug von Bürgergeld seien Pflichten für Qualifizierung oder Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt verbunden, betonte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Es dürfe keine Diskussion darüber aufkommen, dass das Bürgergeld eine Art bedingungsloses Grundeinkommen sei. Die Schwächen des Sozialsystems müssten offen angesprochen werden, erklärte Michael Meister (AfD). So werde die Gruppe derer immer größer, die arbeiten könnten, es aber nicht tun. In einer Zeit mit einer Rekordzahl an offenen Stellen sei die Zahl der Bürgergeld-

Empfänger weiter gestiegen. Der Arbeitsmarkt brauche dringend Lösungen, um Menschen aus der Arbeitslosigkeit zu führen, sagte Wolfgang Waldmüller (CDU). Allerdings fehlten den Jobcentern das Personal zur Vermittlung. Viele Menschen fühlten sich dann unbeobachtet und hätten keinen Anreiz zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Für die Vermittlung von Arbeitslosen brauche es heute einen langen Atem, erklärte Dr. Monique Wölk (SPD). Arbeitssuchende, die lediglich ein Angebot oder ein Bewerbungstraining bräuchten, gebe es kaum noch. Aktuelle Leistungsbezieher hätten meist multiple Vermittlungshemmnisse. Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wies Angriffe auf Menschen mit Bürgergeldbezug zurück. Bei Betrachtung dieser Menschen seien die Zuwendungen nicht zu viel. Die Frage der Finanzierung der Jobcenter habe nichts mit der Rückkehr von Hartz

IV zu tun, betonte die FDP-Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel. Das sei eine unnötige Emotionalisierung des Themas.

Aussprache auf Antrag der Fraktion DIE LINKE

Bürgerbeauftragter legt Jahresbericht vor – Fokus auf Inklusion

Nach der Corona-Pandemie ist nach Ansicht des neuen Bürgerbeauftragten des Landes, Dr. Christian Frenzel, beim Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat noch immer keine Normalität eingetreten. „Bei vielen Menschen ist das Vertrauen in staatliches Handeln zurückgegangen“, sagte Frenzel bei der Vorstellung des Jahresberichts 2023. Dieser Bericht sei inhaltlich noch von seinem Vorgänger Matthias Crome zu verantworten. Der Jurist Frenzel hatte am 1. März 2024 sein Amt angetreten, zuvor war er Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Rostock. Frenzel zitierte aus dem Jahresbericht: „Vertrauen gewinnt nicht, wer große Erwartungen erweckt, die schnell zerplatzen. Alle Sorgen kann kein Staat lösen und Eigenverantwortung darf er nicht ersetzen. Vertrauen gewinnt am

Ende auch nicht, wer radikal schlechte Lösungen herausgibt, denn die lösen nichts. Nein, es geht um nüchterne Antworten, greifbare Lösungen, praktische Ergebnisse - auch im Kleinen.“ In seiner bisherigen Tätigkeit als Bürgerbeauftragter gebe es drei Schwerpunkte. Da sei zum einen die Kurabgabe für Menschen mit Behinderungen. „Vielleicht kann das geplante Tourismusgesetz hier helfen, zu einer gleichmäßigen Behandlung zu kommen und insbesondere sachgerechte Ermäßigungen verlässlich durchzusetzen.“ Zweitens sei zu fordern, dass keine weiteren Einschränkungen von persönlichen Beratungsangeboten vorgenommen werden sollten und schließlich gehe es um die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern mit Behinderungen. „Diesen drei Themen

ist gemein, dass sie insbesondere für Menschen von Bedeutung sind, die es nicht immer leicht haben, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern oder die vor ganz besonderen Herausforderungen stehen“, betonte Frenzel. Er betrachte deren Einbeziehung als die tatsächliche Inklusion und einen wichtigen Bestandteil der Demokratie. Er habe sich mit seinem Team sehr viel mit den besonderen Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen beschäftigt. „Das ist wohl meine wichtigste Aufgabe.“

Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten

- Drucksache 8/3490 -

- Drucksache 8/4140 -

Bundesreform der Notfallversorgung



Foto: nordreport

Gegenwärtige Bemühungen des Bundes zur Umstrukturierung der Notfallversorgung und Rettungsdienste zielen auf eine effektivere Patientensteuerung und das Ineinandergreifen der Bereiche. Die CDU fürchtete allerdings, dass bundeseinheitliche Vorgaben, wie eine Kopplung der Anzahl der Leitstellen an die Einwohnerzahl, an der Realität im ländlichen Raum vorbeigingen. Darum forderte die Fraktion die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der Leitstellen in MV sowie die Vermeidung von Doppelstrukturen und Bürokratie einzusetzen. Der CDU waren auch eine bundesweite Ersthelfer-App und höhere Investitionsmittel des Landes für Krankenhäuser wichtig.

Dass sich die Notfallversorgung im Land nicht verschlechtern dürfe, war fraktionsübergreifender Konsens. Hierzu berichtete Sozialministerin Stefanie Drese (SPD), dass sich die Modellprojekte der integrierten Notfallzentren und das Zusammenlegen der Notfallnummern - zwei Punkte der Notfallreform - „ausgesprochen positiv“ bewährt hätten.

Die AfD begrüßte den Antrag „grundsätzlich“, bedauerte aber, dass er „an einigen Stellen zu unkonkret“ und ohne „handfeste Lösungen“ bleibe.

Mit Sorge blickte DIE LINKE auf die vom Bund aufgerissenen „Baustellen“ Krankentransparenzgesetz, Krankenhaus-

reform und nun die Notfallreform und hoffte, dass daraus am Ende eine „runde Sache“ werde.

Wenn die Notfallversorgung wieder „auf sichere finanzielle Füße“ gestellt werde, sehe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Reform auch Chancen.

Es gehöre zwar nicht direkt zum Antrag, bemerkte die FDP, aber sie befürworte eine „gesellschaftliche Debatte“ zu den Erwartungen an die Notfalleinrichtungen. Zusätzlich zu den Elementen der Reform, so die SPD, sammle das Land im Landesbeirat für Rettungswesen ergänzende „Änderungswünsche“.

Als Reaktion auf die konstruktive „Tendenz“ in der Diskussion beantragte die CDU die Überweisung in den Sozialausschuss. Die Überweisung wurde von SPD und DIE LINKE bei Zustimmung aller anderen Fraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Beim Antrag enthielt sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; SPD und DIE LINKE stimmten dagegen und alle anderen dafür.

Antrag CDU

Drucksache 8/4109

„Sea-Ranger“-Weiterbildung für Küstenfischer gefordert



Von einst über 1000 Küstenfishern gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur noch etwa 160.

Foto: nordreport

Vor allem schrumpfende Fischbestände zwingen immer mehr Küstenfischer zur Betriebsaufgabe. Damit verliere das Land ein „traditionelles Handwerk“ sowie einen „integralen Bestandteil“ der „kulturellen Identität“, argumentierte die AfD in ihrem Antrag zur Unterstützung der Branche. Darum solle das Land das Programm „Sea Ranger - Förster des Meeres“ finanziell besser fördern. Denn hier qualifizierten sich Küstenfischer für Aufgaben im Umweltmonitoring, Tourismus oder als Naturführer und erarbeiteten sich zusätzliches Einkommen. Dieses Modell müsse in anderen Küstenländern publik gemacht und von europäischen Fördermitteln flankiert werden, forderte die AfD. Parallel brau-

che es ein vom Land erstelltes Konzept zum Erhalt der Küstenfischerei.

In Vertretung für Dr. Till Backhaus bekräftigte Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) das finanzielle Engagement des Landes für das „Sea Ranger“-Projekt und verwies auf weitere bestehende sowie im Rahmen der „Zukunftskommission Fischerei“ geplante Vorhaben.

Aufgrund der bedenklichen Wirtschaftslage der Fischer befürwortete die CDU den „zeitnahen“ und „umfangreichen“ Einsatz von Landesmitteln für das „Sea-Ranger“-Projekt.

DIE LINKE kritisierte den Antrag als „oberflächlich“, der nichts am „tatsächlichen Problem“ der Überfischung ände-

re. Die geforderten Maßnahmen liefen längst, teilweise sogar „wesentlich umfangreicher“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte das „Sea-Ranger“-Programm, hielt aber ein Konzept nur für MV für „wenig sinnvoll“. Die Fraktion wolle die Ergebnisse der Zukunftskommission abwarten.

Auch für die FDP gehöre die Fischerei zur „kulturellen DNA“ in MV. Dennoch müsse ein Konzept für die Küstenfischer „breiter“ gedacht werden, als der Antrag erlaube.

Die SPD lobte das „Sea-Ranger“-Programm und lud die Abgeordneten ein, mehr Bundesmittel dafür einzuwerben und das Projekt überregional zu etablieren.

Ein Änderungsantrag und der Ursprungsantrag der AfD erhielten nur vom Antragsteller und der fraktionslosen Abgeordneten Zustimmung, alle anderen Fraktionen lehnten ab.

Antrag AfD

– Drucksache 8/3756 –

hierzu

Änderungsantrag AfD

– Drucksache 8/4171 –

Forderung nach einem ganzheitlichen Radverkehrskonzept für MV

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ein ganzheitliches Radverkehrskonzept für MV gefordert. Das Thema müsse einen höheren Stellenwert haben, sagte die grüne Abgeordnete Jutta Wegner. Es gehe um Tourismus, Mobilitätswende, Nachhaltigkeit oder Gesundheit. Es sei ein Ziel-Radnetz und ein Überblick zum Zustand des aktuellen Radwegenetzes nötig. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) verwies auf das gut ausgebaute und weiterwachsende Radwegenetz im Land. „Natürlich planen wir mit einem Landradwegenetz.“ Dazu werde eine zusätzliche Stelle im Ministerium eingerichtet. 2023 seien fast 16 Millionen Euro in Radwege entlang von Landesstraßen investiert worden. Das sei ein Rekordwert. Stephan Reuken (AfD) kritisierte, dass der Landesregierung die notwendigen Daten zur Erfassung des

kompletten Radwegenetzes offensichtlich nicht vorliegen. Ohne eine solide Datenerhebung würden weder planvolle Straßensanierungen noch ein flächendeckendes Radwegenetz jemals erfolgreich sein. Die Radverkehr-Infrastruktur müsse dringend ausgebaut werden, betonte Sabine Enseleit (CDU). Dies sei notwendig, um die Mobilität und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu stärken. Es gehe auch darum, den ländlichen Raum besser zu vernetzen. MV müsse sich im bundesweiten Vergleich des Radwegenetzes nicht verstecken, erklärte Henning Foerster (DIE LINKE). „Wir verfügen aktuell über circa 2000 Kilometer straßenbegleitende Radwege.“ 54 Prozent der Bundes- und 33 Prozent der Landesstraßen seien mit Radwegen ausgestattet. Nach Meinung von David Wulff (FDP) sei dem

Radverkehr in MV besser gedient, wenn man sich auf die wenigen Fernradwege konzentriert. Gleichzeitig sollte die Infrastrukturpauschale für die Kommunen erhöht werden, damit diese selbstständig planen können. Das Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei im Koalitionsvertrag bereits klar benannt, betonte Christian Brade (SPD). Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden werde ein landesweites Radwegenetz definiert. Der Antrag wurde mit Stimmen der SPD, DIE LINKE und FDP, bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung von CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 8/4089 –

FDP fordert umfangreiche Digitalisierungsstrategie für MV

Die Digitalisierung in MV muss nach Ansicht der FDP-Fraktion priorisiert werden, um eine moderne, effiziente und bürgerorientierte Dienstleistungskultur zu schaffen. „Wir haben keine Zeit mehr“, sagte David Wulff (FDP). Er forderte die Landesregierung auf, eine Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten und diese dem Landtag unverzüglich vorzulegen. Digitalisierungsminister Christian Pegel (SPD) wies den Vorwurf zurück, die Landesregierung würde die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) nicht genügend intensiv vorantreiben. Er fügte hinzu, dass alle Bundesländer und auch der Bund die im OZG genannten Ziele nicht erreicht haben. Die gesetzte Frist sei zu kurz. „Die Digitalisierung in MV gleicht einem Dauerbaustellenschild“, sagte Jens-Holger Schneider (AfD). Es werde viel angekündigt, wenig umgesetzt und noch weniger erreicht. Auch wenn Minister Pegel viele kleine Schritte bei der Digitalisierung erwähne, sei doch das Gefühl weit verbreitet, dass es nicht so richtig klappt. „Wir brauchen endlich eine Zielrichtung für die Gestaltung

der digitalen Transformation in unserem Bundesland“, sagte Sabine Enseleit (CDU). Allerdings biete die Landesregierung nur Stückwerk. Deshalb liege MV laut dem Länderindex des Digitalverbandes Bitcom im Vergleich der 16 Bundesländer auf Platz 14. „Mit dem Fortschritt bei der Digitalisierung können wir nicht überall zufrieden sein“, erklärte Michael Noetzel (DIE LINKE). Die Baustellen seien mancherorts noch zu groß. „Wir haben aber weder personell noch finanziell die Ressourcen, um alles zu machen.“ Die Digitalisierung biete nach Ansicht von Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Chance, Bürokratie abzubauen und damit insbesondere Unternehmen das Leben einfacher zu machen. Der FDP-Antrag sei sinnvoll, wenn es um die Standardisierung von E-Government-Angeboten oder der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen geht. Nach Ansicht von Philipp da Cunha (SPD) sind die von der FDP-Fraktion geforderten Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung in MV größtenteils überholt oder bereits in der Umsetzung.



„Wir sind auf einem guten Weg und versuchen, die offenen Punkte anzugehen.“ Der Antrag wurde bei Ablehnung von SPD und DIE LINKE, Zustimmung von FDP, AfD und CDU sowie Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

*Antrag der Fraktion FDP
- Drucksache 8/4104 -*

Pflege - Dringender Reformbedarf

Die Pflegeversicherung bleibe eine gesellschaftliche Herausforderung, mahnte DIE LINKE. Waren 1995 noch 1,65 Millionen Menschen pflegebedürftig, seien es heute 5,2 Millionen – Tendenz steigend. Eine „große Baustelle“ bestünde in der Finanzierung, gerade jetzt, wo der Bund Zuschüsse ausgesetzt habe.

Da „Abwarten keine Lösung“ sei, schlug die Fraktion zwei Initiativen vor. Die Landesregierung solle sich im Bundesrat für eine Entschließung zur Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung einsetzen. Zusätzlich brauche es ein ergänzendes Landesprogramm für die Kurzzeitpflege in der häuslichen Umgebung sowie Modelle für moderne Pflegeansätze.

Die Fraktionen stimmten bei der Dringlichkeit zu und hoben die finanzielle Verantwortung des Bundes

hervor. Die Opposition kritisierte die Ablehnung ihrer früheren Anträge zum Thema und dass die Regierungskoalition zu viel rede, ohne „konkret“ zu werden.

Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) lobte die auf dem Landespflegekongress ausgezeichneten innovativen Projekte und begrüßte das vorgeschlagene Landesprogramm.

Aus Sicht der AfD stellen ein Landespflegefördergeld zusammen mit der Stärkung der Familienverbände die „zentralen“ Ansätze zur Stärkung der häuslichen Pflege dar.

Die Pflegeversicherung müsse „zukunftsicher“ gemacht werden, erachtete die CDU. Da gehöre „noch mehr Feuer rein“, was auf eine solide Finanzierung durch den Bund hinauslaufe. Dem stimmte die SPD zu. Dabei sei

es den Regierungsfractionen wichtig, dass alle von den Lösungen profitieren müssten, „auch die mit kleinen Einkommen“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hingegen vermisste die grundlegende Klärung des Verhältnisses von Leistungen der Pflegeversicherung und den solidarischen Familienbeiträgen. Bei der Pflege „rennt uns die Zeit davon“, warnte die FDP. Sie versicherte, alles Mögliche zu tun, damit es bei der Pflege für das Land „vorangeht“.

Dem Antrag stimmten SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. CDU, FDP, AfD und die fraktionslose Abgeordnete enthielten sich.

*Antrag DIE LINKE und SPD
- Drucksache 8/4101 -*

Ehemaliger Landtagspräsident Rainer Prachtl gestorben



Foto: Bernd Lasdin

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trauert um den ehemaligen Landtagspräsidenten Rainer Prachtl, der am 12. Oktober im Alter von 74 Jahren verstorben ist.

Rainer Prachtl amtierte von 1990 bis 1998 als Präsident des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und engagierte sich als Mitglied der CDU-Fraktion bis 2006 im Landesparlament. In seiner Funktion als Vorsitzender der Verfassungskommission gestaltete er die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns maßgeblich mit. Darüber hinaus agierte er als Vorsitzender der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“.

Anlässlich der Nachricht vom Tode des ehemaligen Landtagspräsidenten und langjährigen Parlamentarierers erklärt Landtagspräsidentin Birgit Hesse:

„Die Nachricht vom Tode Rainer Prachtls macht mich betroffen und unendlich traurig. Der Landtag trauert um eine Persönlichkeit, welche die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns in den Anfangsjahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands maßgeblich geprägt hat. Mit Rainer Prachtl verliert Mecklenburg-Vorpommern einen Mann, der an maßgeblicher Stelle und stets überparteilich daran mitgewirkt hat, unserem Bundesland Gestalt zu geben. Er wird fehlen – als wichtiger Zeitzeuge der Gründungsjahre unseres Bundeslandes, als Ratgeber und nicht zuletzt als Mensch mit klarem moralischem Kompass. Unsere Gedanken sind in diesen Stunden bei seiner Familie, seinen Freunden und all denjenigen, die ihm verbunden waren.“

Mit Rainer Prachtl verliert Mecklenburg-Vorpommern einen Mann, der an maßgeblicher Stelle und stets überparteilich daran mitgewirkt hat, unserem Bundesland Gestalt zu geben. Der Beschluss über den Sitz von Landtag und Landesregierung, die Schaffung eines Vorläufigen Statutes als Vorläufer der späteren Landes-

verfassung sowie das Herstellen der Arbeitsfähigkeit des Landtages der 1. Wahlperiode, die in erheblichem Umfang vorzunehmende Gesetzgebung und nicht zuletzt sein Wirken als Vorsitzender der Verfassungskommission möchte ich herausgreifen. Diese für unser Land geleistete Arbeit werden wir ihm niemals vergessen.

Rainer Prachtl wird fehlen – weit über unser Landesparlament hinaus wurde er geschätzt und gewürdigt für sein politisches Wirken wie auch seinen Einsatz für den Dreikönigsverein in Neubrandenburg und dessen Einsatz für soziale Projekte.

Gleichwohl er aus dem Landtag im Jahr 2006 ausgeschieden war, blieb Rainer Prachtl in der Landeshauptstadt präsent. Immer wieder war er zu verschiedenen Gelegenheiten im Landtag – auch als Redner zu verschiedenen Veranstaltungen. Zuletzt traf ich Rainer Prachtl am diesjährigen Tag der Deutschen Einheit in Schwerin. Gemeinsam begrüßten wir eine Delegation aus Mecklenburg County (USA). Fest eingeplant war Rainer Prachtl auch als Redner und Zeitzeuge einer Veranstaltung zum Jubiläum unserer Landesverfassung im November. Dass es dazu nun nicht mehr kommen wird, ist nur schwer zu begreifen.“



Foto: Landtag MV
Rainer Prachtl präsentiert die Landesverfassung auf Plattdeutsch.



Foto: Uwe Balewski
Rainer Prachtl als leidenschaftlicher Redner



Foto: Landtag MV
Rainer Prachtl (links) im Alten Plenarsaal während das Wappen montiert wird.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



David Wulff (FDP)

Drohnenabwehrzentrum in MV

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Herr Minister! Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Ein, finde ich, recht aktuelles Thema. Also meine geschätzte Kollegin Frau von Allwörden hatte ja Anfang Mai schon mal eine kleine Anfrage zum Thema Drohneneinsätze gestellt, und jetzt war Anfang des Monats im NDR noch mal ein Bericht über das geplante Drohnenabwehrzentrum in Mecklenburg-Vorpommern zu lesen.

Damit wir uns auf dem richtigen Fuß erwischen, ich finde das sehr gut, dass wir das machen, und ich halte das für wichtig und richtig, insbesondere, da die Drohnenvorfälle zunehmen und wir vor Kurzem gerade den Brigadegeneral Nerger, jetzt ehemaligen Landeskommmandeur Mecklenburg-Vorpommern, hatten, der den Operationsplan Deutschland vorgestellt hat, wo es zum einen ja auch um die militärischen Operationen, aber auch um die zivile Sicherheit geht. Dort wurde noch mal explizit darauf eingegangen, die Zuständigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der zivilen Abwehr auch von kritischer Infrastruktur et cetera.

Daher mein besonderes Interesse jetzt am Drohnenabwehrzentrum, und die Frage ist: Wie soll das Abwehrzentrum in Zukunft materiell, personell und von der Zuständigkeit her ausgestaltet sein, um der Bedrohungslage entsprechend entgegenzutreten?



Minister Christian Pegel

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörende! Erstens, nur wegen des Begriffes, die Kolleginnen und Kollegen geben sich die Überschrift Drohnenkompetenzzentrum, das gibt es schon seit mehreren Jahren, und bisher ist es vor allen Dingen eigener Drohnenbestand, der von dort aus gesteuert, geführt wird und für verschiedenste Einsatzlagen zum Einsatz kommt. Wir ergänzen deren Kompe-

tenzen auch um die Abwehr. Das hat was damit zu tun, dass diejenigen, die wissen, wie man Drohnen einsetzt, auch in polizeilichen Einsatzlagen im Zweifel auch relativ gut wissen, wie ein dann eher nur privater Nutzer einer Drohne damit umgehen mag, und ergänzen deren Wissen um die Abwehrmöglichkeiten.

Dafür brauchen Sie ein gewisses Equipment. Das Equipment ist in den letzten anderthalb Jahren in die Ausschreibung gegangen, scheint jetzt sukzessive einzutreffen. Meine Rückkopplung ist, dass das Gros dort jetzt eingegangen ist, man jetzt begonnen hat mit der Einweisung der Kolleginnen und Kollegen, noch mal, die es schon seit Längerem gibt, im Drohnenkompetenzzentrum auch mit diesen Abwehrtechniken umzugehen.

Wir werden im Übrigen im Rahmen des Tages der Deutschen Einheit beispielsweise dieses Themenfeld auch nicht alleine bespielen, sondern bekommen Hilfe aus anderen Landespolizeien, also auch kein Phänomen, was Mecklenburg-Vorpommern alleine anschaut.

Ich würde aber vor einem Missverständnis warnen wollen: Das sind nicht Hunderte von Abwehrtrupps, die dann durchs ganze Land ziehen und permanent schauen, ob irgendwo Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mit Drohnen geschehen, sondern wir haben im Landesbereitschaftspolizeiamt ein Drohnenkompetenzzentrum, das bei Einsatzlagen, wo Drohneneinsätze komplett unerwünscht sind oder zu befürchten stehen, entsprechend hinzugezogen wird und dann entsprechende Abwehrmaßnahmen von vornherein vorbereitet.

Eine Situation, wo aus Stralsund ein Stadtwerk anrufen würde – ganz fiktiver Fall, es gibt keinen praktischen, aber nur, um es irgendwie fassbar zu machen – und mitteilt, ich habe jetzt gerade einen privaten Drohnenführer, der bei mir drüberfliegt. Das wird vermutlich zeitlich in der Regel nicht ausreichend sein, um dann die Kolleginnen und Kollegen in den Einsatz zu bringen und dort tatsächlich die Abwehr vorzunehmen, es sei denn, sie sind aus anderen Gründen vor Ort. Also wir werden uns Einsatzlagen mit diesem Abwehrzentrum vor allen Dingen suchen müssen und suchen, die von vornherein von uns diese Besorgnis



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

haben, dass der Umgang mit Drohnen dort gefährlich sein könnte oder einer Abwehr bedarf.

Und dann kommen wir zum letzten Punkt: Kritische Infrastruktur hat in der Regel Betreiber. Ein Stadtwerk hat seine Wasserwerke, es hat seine Elektrizitätsversorgungsanlagen, wir haben die Bundeswehr mit ihren eigenen Liegenschaften. Jeder kritische Infrastrukturbetreiber ist selbst verpflichtet, die Sicherheit seiner Einrichtung körperlich herzustellen, das heißt durch Wachdienste, durch Zaunanlagen, durch Beobachtungssysteme und Ähnliches. Das tun im Übrigen auch alle. Und dazu gehört selbstverständlich auch die Beobachtung dessen, was in der Luft geschieht. Polizei kommt dann gerne ergänzend hinzu. Wir werden aber mit den Drohnenabwehrkolleginnen und -kollegen nicht an jedem Ort zu jeder Zeit sein können, sondern werden auch weiterhin die Eigenkräfte benötigen. Und noch einmal: Das ist die Verpflichtung der jeweiligen Betreiberinnen oder Betreiber kritischer Infrastruktur.

Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung zusammen mit dem Bundestag auch in dieser Legislatur noch ein ergänzendes Gesetz, ein KRITIS-Dachgesetz, wie es heißt, umsetzen wird, wo diese Verpflichtungen auch im Lichte der letzten Erfahrungen der letzten drei/vier Jahre noch einmal erweitert werden. Und dann wird das auch noch einmal dort zusätzlich spezifiziert.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Wulff, möchten Sie eine Nachfrage stellen?



David Wulff (FDP)

David Wulff, FDP: Ja, tatsächlich. Halten Sie es denn für sinnvoll, gegebenenfalls auch die technischen Möglichkeiten der Landespolizei dahin gehend zu erweitern, dass wir künftig doch in der Lage sein werden, bei gegebenenfalls bedrohlichen Situationen, Sabotageakten, Spionage et cetera bei kritischer Infrastruktur, aber vielleicht auch Infrastruktur, die jetzt nicht zwingend unter das KRITIS fällt, aber dennoch relevant ist, schnell reagieren zu können, da entsprechend die Polizei künftig besser auszustatten?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Polizei wird hiermit gut ausgestattet sein. Sie wird mit Sicherheit auch Einsätze fahren, wenn der Eindruck entsteht, eine Drohnenbeobachtung findet dort über längere Zeit statt.

Noch einmal: Es gibt Bereiche, wo die polizeilichen Kräfte mit Sicherheit auch proaktiv unterwegs sein werden. Schwerer kann ich es mir vorstellen – es ist ähnlich wie bei einem SEK – bei einer Verhandlungsgruppe. Wir haben ja verschiedene hoch spezialisierte Bereiche der Polizei, die können wir nicht an jedem Dienstort bereithalten, weil ich für die eine Spezialisierung brauche und eine Praxis- und Übungsintensität, die zum Glück dann wiederum nicht auf ganz viele Orte verteilt geschieht, sondern mit den Kräften im Lande. Auch fürs SEK, für die Verhandlungsgruppe, für verschiedene Bereiche, mobile Einsatzkommandos gilt, dass wir bislang ja weitgehend über die Straße die Verlegungen, die Einsatzzuführungen vornehmen.



Minister Christian Pegel

Wir werden mit der Neubeschaffung der beiden Hubschrauber ja eine ganze Tonnenklasse, wie das offenbar im Luftfahrtbereich ist, nach oben katapultiert. Wir haben bisher Hubschrauber, also Hubschrauber plus Inventar, Menschen, die mitfliegen, die gewisse drei Tonnen rund nicht überschreiten dürfen. Wir werden künftig bei vier Tonnen liegen, und damit wird die Möglichkeit sein, künftig sehr viel mehr Personen, als wir heute befördern können, mitzunehmen. Und damit werden wir auch die Einsatzlagen für die verschiedenen Kräfte erweitern. Und mit Sicherheit wird man auch für diesen Bereich dann darauf schauen.

Aber noch einmal: In der Regel sind die Drohnenaufstiege und das Einsammeln in sehr kurzer Zeit gemacht, sodass sie selbst mit einem Hubschrauber und der Verlegefähigkeit nicht rechtzeitig vor Ort sein werden. Es bleibt dabei, dass die Betreiber kritischer Infrastrukturen eine ganz zentrale Aufgabe behalten.

Aber um es mal umzukehren: Wenn wir das Abwehrpotenzial schon gehabt hätten, wäre zum Beispiel das Einschiffen des LNG-Schiffes damals in Lubmin mit Sicherheit begleitet worden. Es ist vom Drohnenkompetenzteam begleitet worden, weil man damit Beobachtungen aus der Luft anstellen kann. Es wäre mit Sicherheit begleitet worden an der Stelle, weil man nicht ausschließen kann, dass auch andere da mit Drohnen einwirken wollen, und man würde da mit den Abwehrkräften vor Ort sein. Das gilt auch für eine Vielzahl anderer Lagen, wo das nicht selten auftritt und man dann darauf reagieren kann. – Herzlichen Dank!



Martin Schmidt (AfD)

Stand der Energieprojekte in MV

Martin Schmidt, AfD: Frau Präsidentin! Guten Morgen, sehr geehrter Herr Minister Meyer! Ja, vor einiger Zeit wurde ja der sogenannte Energiefonds hier verabschiedet. Und es wurde auch vom Wasserstoff-Texas gesprochen durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden. 162 Millionen Euro des Landes und 378 Millionen Euro des Bundes sollen für verschiedene Wasserstoffprojekte aufgewendet werden. Auch auf der Internetseite findet man einiges aufgelistet. Aber den Medien und vielen, ja, Nachsagungen nach wird es ja jetzt doch keine Pipelines mehr geben von Rostock Richtung Güstrow. Und, ja, viele Projekte sollen sich nicht so entwickeln, wie das zuvor geplant war.

Was können Sie mir dazu sagen? Was davon stimmt? Wie ist der Zwischenstand? Wie viel Geld wurde schon ausgezahlt aus der Landeskasse, was ist noch im Topf drin? Wie sieht es um das Förderverfahren und den Bauzustand aus?

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Abgeordneter, es gilt nach wie vor das, was immer kommuniziert worden ist. Es gibt vier IPCEI-Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern von insgesamt 62 in Deutschland, noch mal kurz zur Erinnerung: drei Projekte, wo Elektrolyseure gefördert werden, und das Projekt „doing hydrogen“, also die Wasserstoffpipeline von Rostock in Richtung Süden. Dazu komme ich gleich noch mal im Einzelnen.



Minister Reinhard Meyer

Die Summen stehen nach wie vor, die Sie genannt haben. Die kann ich bestätigen. Die Zuwendungsbescheide sind durch den Bundesminister Robert Habeck am 15.07. an alle Zuwendungsempfänger übergeben worden. Es ist auch ein weiterer Termin geplant vor Ort Ende Oktober mit dem Bundeswirtschaftsministerium, wo diese konkreten Projekte dann noch mal vor Ort ihre Bescheide bekommen und wo natürlich über die Konkretisierungsmöglichkeiten gesprochen wird. Bisher sind natürlich noch keine Gelder geflossen, weil noch nicht angefangen worden ist. Das ist ja über mehrere Jahre gestaffelt aber im Haushalt abgebildet.

Was ein Problem ist, das konnten Sie ja auch der Öffentlichkeit entnehmen – darauf zielt, glaube ich, auch Ihre Frage ab –, ist die Pipeline „doing hydrogen“. Dort haben die Fernnetzbetreiber bei der Bundesnetzagentur ihre Pläne angemeldet. Zu unserer Überraschung ist die Pipeline nicht mehr geplant von Rostock in den Raum Berlin, sondern nur noch bis zum Punkt bei Güstrow, damit die beiden Elektrolyseure-Projekte in Rostock-Laage und in der Nähe von Güstrow angebunden werden können.

Wir führen im Moment Gespräche, weil die Firma ONTRAS zwar einen Zuwendungsbescheid hat, aber sie hat erkennen lassen, dass sie das Projekt nicht umsetzen möchte. Und deswegen reden wir zurzeit mit dem Bund und weiteren Fernnetzbetreibern, ob ein anderer Fernnetzbetreiber – dafür gibt es gute Chancen – dafür einspringt und dieses Projekt übernimmt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schmidt, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Martin Schmidt, AfD: Ja, meine Nachfrage wäre dann: Wie ist jetzt sozusagen der aktuelle Stand? Was können Sie dazu sagen, wann alles fertiggestellt ist

(Heiterkeit und Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und wer dann Abnehmer des neu hergestellten Wasserstoffs ist?

Und da, finde ich, braucht auch niemand hier hinten zu lachen, weil es um sehr viel Geld geht des Steuerzahlers und wir dann wissen wollen, wann der Wasserstoff uns hier den Strom günstiger macht.

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Abgeordneter, es sind immer nach wie vor die Zeiträume, die in den Zuwendungsbescheiden niedergelegt sind, insbesondere für die Elektrolyseure eine Realisierung bis Ende Juni 2028. Und dann kann Wasserstoff produziert werden, ins Netz eingeführt werden.

Wir haben ja dann auch die Möglichkeit von Rostock, das, was in den neuen Planungen auch vorgesehen ist, eine Pipeline zwischen Rostock und Lubmin. Lubmin ist ja dann ohnehin sehr viel schneller fertig, weil das Projekt „Flow hydrogen“, die Umrüstung einer bestehenden Gaspipeline in Richtung Süden, stattfinden wird. Und wir sind mit dem Fernnetzbetreiber GASCADE auch im Gespräch darüber, was den Verlauf dieser Pipeline zwischen Rostock und Lubmin angeht, um zum Beispiel relevante Gewerbegebiete dort anzubinden, sodass wir auch dort mit dem Label „Grüne Gewerbegebiete“ entsprechend Werbung machen können für Abnehmerinnen und Abnehmer von Wasserstoff.

Letzte Bemerkung, weil immer so suggeriert wird in der Öffentlichkeit, dass wir Wasserstoff allein in Deutschland produzieren können: Das ist mitnichten der Fall. Experten gehen davon aus, dass 70 Prozent des Bedarfs in Deutschland importiert werden müssen. Und deswegen spielen die Häfen bei uns eine große Rolle.



Wolfgang Waldmüller (CDU)

Novellierung der Stromnetzentgeltverordnung

Wolfgang Waldmüller, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Meyer!

Meine Frage, die Frage bezieht sich nicht auf die Neuregelung zur fairen Verteilung, sondern auf die Novellierung der Stromnetzentgeltverordnung. Beides ist ja durch die Bundesnetzagentur vorbereitet und zielt darauf ab, allgemeine Gebühren für die Strom..., Nutzung des Stromnetzes, soll das eben regeln. Und geplant ist die Einführung von variablen Netzentgelten, die Unternehmen zwingen könnten, ihre Produktion an schwankende Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom anzupassen.

Die Netzbetreiber, die großen Übertragungsnetzbetreiber, die haben sich sehr kritisch geäußert darüber, über dieses Vorgehen, weil sie sagen, stabile Regelungen, aktuelle Regelungen sind elementar. Und bei der Novellierung soll ja auch der Entfall der individuellen Netzentgelte gerade für die Industriebetriebe geplant sein, was ja dann möglicherweise auch zu höheren Netz- oder zu niedrigeren Stromkosten führt, möglicherweise eine Beschleunigung der Deindustrialisierung.

Meine Frage ist: Wie steht denn die Landesregierung zu dieser Novellierung dieser Stromnetzentgeltverordnung?

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Waldmüller, wir sind zurzeit in einem Verfahren mit der Bun-

desnetzagentur. Das sind ja Eckpunkte, wie Sie schon gesagt haben, zu den sogenannten individuellen Netzentgelten. Aber im Grunde genommen geht es um die Netzentgelte für Unternehmen. Industriestrompreis steht dahinter und so weiter und so fort.

Verfahren ist so, dass im Juli die Eckpunkte vorgelegt wurden. Bis zum 18. September konnten alle in der Konsultation dazu Stellung nehmen. Das haben wir als Land Mecklenburg-Vorpommern auch gemacht, weil wir neben manchen Vorteilen auch einige Dinge kritisch sehen. Darauf möchte ich ganz kurz und knapp eingehen.

Bisher haben wir ja ein System, wo es im Grunde genommen zwei Rabattierungen gibt, Privilegien, um es genau zu sagen, im System. Die atypische Netznutzung, das ist die Mehrheit der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, die also von der Jahreshöchstlast, der durchschnittlichen, noch erheblich abweichen, dann aber auch in dem neuen System, glaube ich, ganz gut klarkommen können, weil es bedeutet, dann, wenn die Kosten besonders niedrig sind, entsprechend Strom abzurufen, und dann, wenn sie hoch sind, weniger zu verbrauchen. Die Unternehmen, die das können, für die ist es ein Vorteil.

Und jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt: Die, die es nicht können, für die ist das ein erheblicher Nachteil, denn es gibt bestimmte Branchen – Chemieindustrie, es gibt ja auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim ein großes Unternehmen, was das nicht einfach variieren kann, sondern wo wir einfach das Problem haben der sogenannten Brandlast, also ein relativ gleichbleibender Stromverbrauch –, und für die ist dieses System eigentlich nicht geeignet. Das ist der erste Punkt, den wir angemerkt haben.

Und der zweite Punkt, den ich noch kurz erwähnen möchte, die Bundesnetzagentur spricht immer gemeinsam mit der Bundesregierung von einer Systemdienlichkeit. Und Systemdienlichkeit bezieht sich auf das gesamte System in Deutschland. Das bedeutet aber, wenn Sie im Süden Deutschlands einen erhöhten Verbrauch, zum Beispiel in der Schwerindustrie, haben, dann kann es passieren, dass erhöhte Redispatchkosten dann im Norden anfallen – darüber werden wir ja hoffentlich heute noch dis-

kutieren –, und das sehen wir eben auch nicht als positiv an. Dann kommen wir in die alte Problematik, dass der Norden im Grunde genommen die Energiewende für den Süden bezahlt – ich will das mal auf den Punkt bringen –, und deswegen wäre eine Netzdienlichkeit, also alles, was dem Netz zugutekommt beim weiteren Ausbau, wäre ein besserer Weg. Und das haben wir in unserer Stellungnahme gegenüber der Bundesnetzagentur auch deutlich gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Waldmüller, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Sebastian Ehlers, CDU)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ihr seid gar nicht dran. Ich möchte gerne nachfragen.

Ja, ich kann das nachvollziehen, Herr Meyer. Ich sehe das ja genauso. Die Frage ist nur, sollte die Reform so kommen, also würde man keine Rücksicht auf Ihre Einwände nehmen, dann wäre das ja, sind das schon erhebliche Auswirkungen, wo ich sage, das geht gar nicht.

Wie sehen Sie denn die Aussichten, dass man da in der Novellierung jetzt noch auf diese Argumente eingeht, beziehungsweise wie sind denn die Positionen der anderen Länder, damit Sie die Mehrheiten dafür bekommen?

Minister Reinhard Meyer: Also die sind natürlich unterschiedlich, je nachdem, in welcher Region man ist. Das ist so ein bisschen wie bei der Wälzung der Netzentgelte. Deswegen finde ich es vom Verfahren, weil es keine politischen Mehrheiten geben wird, für unsere Position im Norden eher von Vorteil, dass die Bundesnetzagentur auch diesen Prozess moderiert. Ich weiß aber, dass insbesondere, was die Betriebe angeht, die einen konstanten Stromverbrauch haben, die gar nicht steuern können im System, dass das für ganz Deutschland gilt. Und gerade an diesem Punkt hoffen wir, dass es entsprechende Korrekturen gibt. Wir werden das weiter im Verfahren begleiten, auch im Beirat zur Bundesnetzagentur. Und insofern bin ich da vorsichtig optimistisch.

Bahn-Bau-Projekte um Neubrandenburg

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Herr Minister! Vielen Dank fürs Wort!

Ich komme mir ein bisschen vor wie „Täglich grüßt das Murmeltier“. Es geht um die Baumaßnahmen rund um den, rund um Neubrandenburg. Aktuell gibt es dort Baumaßnahmen, die die Stadt und viele andere Orte faktisch seit Januar vom Bahnnetz abschneiden. Grund sind Arbeiten an den Stellwerken, die modernisiert werden, und Arbeiten an Bahnsteigen. Das ist ja grundsätzlich gut. Wir haben ja hier über die Bahnsteige auch schon gesprochen, auch wenn es vielleicht nicht ein ganzes Jahr dauern müsste.

Aber meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Wenn man schon so lange sperren muss, werden die Bahnsteigkanten, die ja in der ursprünglichen Planung gar nicht vorgesehen waren bei der Bahn, dann jetzt gleich an die erforderlichen Längen, über die wir gesprochen haben, wo wir von Ihnen ja auch die Notwendigkeit bestätigt bekommen haben, angepasst oder muss Neubrandenburg und die Region um Neubrandenburg dann mit weiteren Sperrungen rechnen, um das dann irgendwann umzusetzen?

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Wegner, ich glaube, die Formulierung „Und täglich grüßt das Murmeltier“ ist hier sehr berechtigt, aber vor allen Dingen gegenüber der Deutschen Bahn AG und speziell in diesem Fall der DB InfraGO.

Ich erzähle Ihnen einfach mal, wie das bei einem Verkehrsministerium in Mecklenburg-Vorpommern – und ich weiß von Kollegen, auch andernorts – ankommt. Wir hatten eine Planung vereinbart. Wir haben auch einen Umfang der Baumaßnahmen vereinbart für dieses Jahr, weil der Hintergrund ist, dass für diese Bahnsteigerhöhung, und deswegen wird jetzt Neubrandenburg in diesem Fall noch nicht angepackt, was die Verlängerung angeht, sondern weil es in diesem Jahr ein Bundessonderprogramm gibt für

die Erhöhung der Bahnsteigkanten, insbesondere aus Gründen der Barrierefreiheit, nämlich von 38 Zentimeter auf 76 Zentimeter. Und das wollten wir gemeinsam nutzen.

Und die Bahn hatte uns dann zugesagt, die Sperrungen werden dann Ende Mai vorbei sein. Wir haben eine Woche vor Ende Mai eine E-Mail bekommen, wo dann mitgeteilt wurde, es wird leider bis Jahresende dauern. Wir haben das auch angesprochen bei der gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Bahnvorstand Herrn Lutz Anfang Juli in Berlin und ich war schon sehr entsetzt über die Reaktionen. Obwohl wir das vorher angezeigt hatten, war der Streckenabschnitt nicht bekannt. Eine vernünftige Antwort gab es schon gar nicht.

Und ich will auch die Gelegenheit nutzen zu sagen, wir haben ja acht Bahnhöfe vereinbart, an denen dieses Schienenprogramm laufen soll, das heißt in diesem Jahr fertiggestellt werden soll, und vor einer Woche hat uns die Bahn mitgeteilt, dass sie leider nur an vier von acht Bahnhöfen tatsächlich die Bauarbeiten pünktlich abschließen können, damit im Sonderprogramm des Bundes auch abgerechnet werden kann. Das heißt, wir reden jetzt im Moment darüber, dass wir die DB InfraGO auffordern, die jetzt in diesem Jahr dann nicht zu bebauenden Bahnhöfe spätestens bis Ende 2026 dann auch fertigzustellen. Das wird aber möglicherweise weitere Sperrzeiten bedeuten. Und wenn ich jetzt weiterrede, dann würde ich wahrscheinlich unparlamentarische Ausdrücke benutzen müssen,

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE, und René Domke, FDP)

um den Zustand der Deutschen Bahn in der Zusammenarbeit bezeichnen zu müssen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, das müssen Sie auch nicht, weil die Redezeit jetzt so langsam abgelaufen ist.

(allgemeine Heiterkeit)

Frau Wegner, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank! Ja, sehr gerne.

Im Rahmen des Plan... – also Sie haben ja eben gesagt, Neubrandenburg ist nicht dabei, das war in den ursprünglichen Planungen tatsächlich auch nicht vorgesehen –, aber im Rahmen des Planfeststellungs..., also da haben wir ja auch noch nicht über die Notwendigkeit von den Bahnsteigverlängerungen gesprochen, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Bahnsteigsanierung 2014 hat es ja umfangreiche Anmerkungen gegeben und auch Verhandlungen dann hinterher und die Zusage, dass in dem Moment, wo festgestellt wird, dass längere Bahnsteige notwendig wären, da hat ja niemand mit gerechnet, weil es damals ja immer noch nur um Fernverkehr ging, jetzt geht es tatsächlich um Verkehr und längere Regionalverkehrszüge auf dieser Strecke, dass dann zwei Bahnsteigkanten kurzfristig verlängert werden können für kleinen Aufwand und dass im Rahmen der Bahnsteigumbaumaßnahmen 2014 auch alle Vorkehrungen getroffen werden, damit es schnell gehen kann.

Sie sind ja regelmäßig in Gesprächen auch, Baustellengesprächen: Spielen diese Zusagen eine Rolle? Haben Sie eine Möglichkeit, da an der Stelle tatsächlich für eine Beschleunigung im Interesse der drittgrößten Stadt des Landes zu sorgen?

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Wegner, an den Begriff „kleiner Aufwand“ im Zusammenhang mit der Deutschen Bahn glaube ich nicht mehr,

(allgemeine Heiterkeit)

bst kleine Maßnahmen erfordern offensichtlich einen hohen Aufwand. Wir haben aber das – und da stehe ich auch zu dem, was ich hier an dieser Stelle schon gesagt habe zu anderer Zeit –, wir haben eine gemeinsame Planungsvereinbarung mit der Bahn. Wir treffen uns auch einmal im Quartal, um das durchzugehen. Und wir haben da genau auch diese Bahnsteigverlängerung in Neubrandenburg gemeinsam mit der Bahn vereinbart, fußend auf den alten Vereinbarungen, die inzwischen ja auch schon zehn Jahre alt sind.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 10. Oktober 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/3855	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	SPD, DIE LINKE	Innenausschuss	1. Lesung: 10.07.2024 in Beratung
8/4068	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes, des Landesverwaltungskostengesetzes und der Vollstreckungszuständigkeits- und -kostenlandesverordnung	Landes- regierung	Innenausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung
8/4097	Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsakademiegesetz Mecklenburg-Vorpommern – BAG M-V)	Landes- regierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung
8/4098	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Pflegestudienstärkungsgesetzes und weiterer Gesetze für Gesundheitsfachberufe	Landes- regierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 25. September 2024 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/3753	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Lobbyregisters für Mecklenburg-Vorpommern (Lobbyregistergesetz Mecklenburg-Vorpommern – LobRG M-V)	AfD	1. Lesung: 12.06.2024 2. Lesung: 25.09.2024	Ablehnung
8/3792	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts in Mecklenburg-Vorpommern	FDP	1. Lesung: 10.07.2024 2. Lesung: 25.09.2024	Ablehnung
8/3850	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung der Verhältnis-mäßigkeitsrichtlinie [Richtlinie (EU) 2018/958] vor Erlass neuer Berufsreglementierungen im Bereich der Körperschaften des öffentlichen Rechts und im Volksabstimmungsgesetz	Landes- regierung	1. Lesung: 10.07.2024 2. Lesung: 25.09.2024	Annahme
8/3851	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Übersetzungsgesetzes	Landes- regierung	1. Lesung: 10.07.2024 2. Lesung: 25.09.2024	Annahme
8/3860	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	AfD	1. Lesung: 10.07.2024 2. Lesung: 25.09.2024	Ablehnung
8/3861	Entwurf eines Gesetzes zur Absenkung des Quorums für die Herbeiführung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses	AfD	1. Lesung: 10.07.2024 2. Lesung: 25.09.2024	Ablehnung

Besuch in Redefin

Finanzausschuss auf Informationsbesuch beim Landgestüt



Besichtigung der Stallungen.

Der Finanzausschuss hat am 10. Oktober das Landgestüt Redefin besucht. Vor Ort informierten sich die Ausschussmitglieder wie auch schon in früheren Wahlperioden über die aktuellen Zahlen und Daten in Bezug auf den Personalbestand, die Einnahmensituation, die Entwicklung des Landeszuschusses, die Besucherzahlen sowie über den notwendigen laufenden Bauunterhalt.

Die Präsidentin des Landesrechnungshofes Dr. Martina Johannsen nahm am Informationsbesuch teil.



Seitens des Landwirtschaftsministeriums wurde in diesem Zusammenhang auch mit Blick auf den kurz zuvor veröffentlichten Schwarzbuch-Bericht des Bundes der Steuerzahler darauf hingewiesen, dass schon bei der Übernahme des Gestüts in das Landeseigentum im Jahr 1993 klar gewesen sei, dass ein gänzlich kostendeckender Betrieb niemals möglich sein werde. Insoweit könne man die Gestütsanlage in seinem historischen Ambiente nicht mit einem kommerziellen Pferdebetrieb vergleichen.

Im Rahmen der Beratung stellte sich zudem heraus, dass das Landgestüt mit gerade einmal 30 Kolleginnen und Kollegen sowie zusätzlichen 11 Auszubildenden bewirtschaftet werde. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich bei dem Landgestüt letztlich um

ein „lebendes“ Denkmal handelt, was eine tiergerechte Betreuung der Pferde an sieben Tagen in der Woche erforderlich mache. Hierfür stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber mit vollem Herzblut zur Verfügung.

Die Ausschussmitglieder berieten mit den Vertretern des Landwirtschaftsministeriums sowie des Landgestüts auch darüber, an welchen Stellen die Einnahmen des Landgestüts gegebenenfalls noch gesteigert werden könnten. Insoweit zeigte sich, dass insbesondere die sehr anerkannte Reit- und Fahrschule trotz der schon sehr guten Ergebnisse noch weiteres Potential habe, da die Nachfrage nach einer professionellen Ausbildung stetig steige.

Des Weiteren wurde seitens der Gestütsleitung darüber informiert, dass das Landgestüt nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch bei der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sehr beliebt sei. So habe das Landgestüt schon bei Ausrichtung des ersten Redefiner-Kindertages mit mehr als 3.000 Gästen einen derart großen Erfolg verbucht, mit dem so an nur einem Tag im Vorfeld niemand gerechnet habe.

Im Ergebnis der Beratung haben sich mehrere Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen, sowohl aus der Opposition als auch der Koalition, ausdrücklich für den Erhalt des Landgestüts als „lebendem“ Denkmal und bedeutendem Kulturerbe ausgesprochen.



Rundgang über das Landgestüt Redefin

Fotos: Landtag MV

Unternehmensbesuche

Wirtschaftsausschuss in Anklam und Pasewalk



Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu Besuch bei Cosun Beet Company GmbH & Co. KG in Anklam. Foto: Landtag M-V

Am 9. Oktober besuchte der Wirtschaftsausschuss die Cosun Beet Company GmbH & Co. KG in Anklam sowie das Bioökonomiezentrum in Murchin. Diese Unternehmensbesuche boten den Mitgliedern des Ausschusses wertvolle Einblicke in die regionale Wirtschaft und innovative Projekte.

Cosun Beet Company GmbH & Co. KG

Die Cosun Beet Company, die als Zuckerfabrik seit 1883 in Anklam ansässig ist, empfing den Wirtschaftsausschuss zu einer informativen Betriebsführung. Die Zuckerfabrik hat sich über die Jahre zu einem wichtigen Akteur in der Rübenverarbeitung entwickelt. Seit März 2009 gehört die Anklamer Fabrik zum Konzern Royal Cosun UA, der in den Niederlanden zwei weitere rübenverarbeitende Werke betreibt. Seit dem 2. Juli 2020 firmiert die Anklamer Fabrik unter dem Namen Cosun Beet Company GmbH & Co. KG.

Aktuell beschäftigt das Unternehmen 200 Mitarbeiter in unbefristeten Anstellungen sowie 30 Kampagnenkräfte. Zudem werden 25 Auszubildende in verschiedenen Berufen ausgebildet, darunter Chemielaboranten, Fachkräfte für Lagerlogistik, Elektroniker:innen für Betriebstechnik, Industriekaufleute und Industriemechaniker:innen.

Während des Besuchs erfuhr der Ausschuss, dass täglich etwa 13.500 Tonnen Rüben verarbeitet werden. Neben der Herstellung von Weißzucker produziert die Fabrik auch Pressschnitzel und andere Futtermittel, Bioethanol, Biomethan und weitere Produkte. Ein zukunftsorientiertes Ziel des Unterneh-

mens sei es, die komplette Zuckerrübe zu verwerten und somit einen nachhaltigen Beitrag zur Ressourcennutzung zu leisten.

Der Wirtschaftsausschuss zeigte sich beeindruckt von den innovativen Ansätzen und der langjährigen Tradition der (umgangssprachlichen) „Zuckerbude“ in Anklam. Der Besuch verdeutlichte die Bedeutung der Zuckerfabrik für die regionale Wirtschaft und die Bemühungen um eine nachhaltige Produktion.

Bioökonomiezentrum Murchin

Im Anschluss an die Besichtigung der Zuckerfabrik führte der Weg zum Bioökonomiezentrum in Murchin, das als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fungiert. Die Micromun GmbH, Betreiber des Zentrums, hat bereits 20 Unternehmen aus ganz Deutschland angesiedelt, die sich auf innovative Lösungen im Bereich der Bioökonomie konzentrieren.

Das Bioökonomiezentrum basiert auf vier Säulen: der Vermietung von Büros, Lager- und Industrieflächen, analytischen Dienstleistungen wie mikrobiologischer Wasseranalytik und der Analyse von Lebensmitteln, der Forschung und Entwicklung sowie der Beratung

in Nachhaltigkeits- und Bioökonomiefragen. Diese Struktur ermöglicht es Unternehmen, sich in einem dynamischen Umfeld zu entwickeln und Synergien zu nutzen.

Während des Besuchs wurden dem Ausschuss zahlreiche spannende Projekte vorgestellt. Dazu gehören unter anderem die Erforschung eines neuen Verfahrens zur Extraktion von Gallensäuren aus Schweinegallen, der Anbau von Nutzhanf als Zwischenfrucht zur Verringerung von Nitratreinträgen und Treibhausgasemissionen aus Ackerböden und der Milchviehhaltung. Auch die Entwicklung eines Verfahrens zur Herstellung von hochwertigem Bioethanol in pharmazeutischer Qualität sowie die Verarbeitung und Aufbereitung von Bio-Apfeltrester zur Erzeugung alternativer Proteinquellen wurden thematisiert. Sehr interessant war auch das Interessengemeinschaftsprojekt Helix, das innovative Ansätze in der Bioökonomie verfolgt und in Kooperation mit regionalen und nationalen Partnern Ansprechpartner für interdisziplinäre Forschung & Entwicklung, Netzwerkarbeit und Politikberatung für die Bioökonomie, Gesundheit & One-Health in Mecklenburg-Vorpommern und den angrenzenden Partnerregionen sein möchte.

Die vorgestellten Projekte zeigten eindrucksvoll, wie Wissenschaft und Wirtschaft Hand in Hand arbeiten können, um nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu entwickeln.

Den Abschluss des Tages bildete eine Werksbesichtigung bei Birkenstock in Pasewalk, wo die Teilnehmenden weitere Einblicke in die regionale Industrie gewinnen konnten. Die Unternehmensbesuche des Wirtschaftsausschusses in Anklam und Pasewalk verdeutlichen die Innovationskraft und die wirtschaftliche Vielfalt der Region und fördern den Dialog zwischen Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern.

Rückblick und Ausblick

Die **Enquete-Kommission** in arbeitsreicher Phase



Der Kommissionsvorsitzende Christian Winter (li.) präsentiert das „Beteiligungs-Rad“.

Die erste Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei. Die Metapher des Bergfestes passt an dieser Stelle für die Arbeit der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ wunderbar. Die zweite Hälfte des Weges steht der Kommission bevor und es warten noch so einige Höhepunkte dabei.

Nach der Sommerpause wurde das dritte von fünf Themenclustern mit dem Schwerpunkt „gesundes und sicheres Aufwachsen“ in Form von öffentlichen Anhörungen begonnen. Dabei werden Fragen der Ernährung und der Bewegung ebenso erörtert, wie die der Sicherheit im Internet oder des politischen Extremismus. Für das Thema Gesundheit wurde ein weiteres Gutachten beauftragt. In diesem Fall wird dies von der Unimedizin der Hochschule Rostock in Zusammenarbeit mit der Universität Greifswald vorgelegt.

Auch der zweite inhaltliche Schwerpunkt Bildung wird noch einmal in der Dezember-Sitzung der Kommission mit einem Expertengespräch über Bildungsgerechtigkeit mit Prof. Dr. Klaus Hurrelmann aufgerufen. Zu diesem Thema hat die Kommission kurz vor der Sommerpause die bernsteinSchule in Ribnitz Damgarten besucht.

Mit offenen Einsichten und ehrlichen Worten wurden das renovierte Schulzentrum und das Schulkonzept der Regionalschule von der Schulleiterin Frau

Bonke vorgestellt. Dabei im Mittelpunkt: die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit zum Wohle der Schülerschaft. Dass Schule ein Ort zum Lernen und Wohlfühlen sein kann, untermauerte die Begehung der Gebäude eindrucklich. Zum Abschluss faszinierten Schülerinnen und Schüler die Mitglieder der Kommission, indem sie ihr Engagement für die Schule und darüber hinaus darstellten.

Währenddessen wurde der Zwischenbericht, der sich auf die Strukturen und die Situation gesellschaftlicher Teilhabe junger Menschen bezieht, fertiggestellt. Er kann als Druckversion in der Aufmachung eines Collegeblocks abgerufen werden, nachdem er in der November-sitzung des Landtages offiziell vorgestellt wurde. Darüber hinaus gibt es eine 10-seitige Zusammenfassung in verständlicher Sprache und ein eigen erstelltes Beteiligungs-Rad, das gesetzliche Grundlagen, Tipps, Hinweise und die Formen der Beteiligung darstellt, um junge Menschen und Kommunalvertreter:innen für das Thema Beteiligung zu motivieren.

Nicht zuletzt sind beim Beteiligungsprozess #mitmischenMV auch weiterhin alle jungen Menschen bis zu einem Alter von einschließlich 26 Jahren aufgerufen, ihre Meinung einzubringen. Dies ist einerseits auf der Webseite www.mitmischen-mv.de möglich, wo aktuelle Umfragen und Workshopmaterial zu finden sind. Andererseits bietet #mitmischenMV Kindern

und Jugendlichen auch die Möglichkeit, sich unmittelbar und vor Ort zu beteiligen und mitzumischen.

Eine gute Gelegenheit hierfür bot die 3. Jugendkonferenz der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“, die vom 11. bis 13. Oktober in Neu Sammit stattfand. 30 Teilnehmende erarbeiteten hier in vier Workshops Fragen, Probleme und Lösungsvorschläge zum Thema „Gesundes und sicheres Aufwachsen“. In einer Gesprächsrunde am Sonnabend bestand die Möglichkeit, dies mit Vertreter:innen der Enquete-Kommission zu diskutieren. Die Ergebnisse präsentierten die Kinder und Jugendlichen am Sonntag in Form von Bildern, Videos, sowie einem Theater und Musikstück dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Christian Winter (MdL). Dieser war sichtlich begeistert und bedankte sich für das Engagement der Teilnehmenden. Ein ausführlicher Bericht zur 3. Jugendkonferenz, sowie den erarbeiteten Ergebnissen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen an die Politik wird demnächst auf www.mitmischen-mv.de sowie in der nächsten Ausgabe der Landtagsnachrichten veröffentlicht.

Und für alle die es nicht erwarten können. Die 4. Jugendkonferenz zum Thema „Infrastruktur und Lebensräume“ ist bereits geplant und findet vom 4. bis 6. April im Schloss Dreilützow statt. Interessierte Kinder und Jugendliche können sich bereits jetzt unter enquete@landtag-mv.de anmelden und sich einen Platz zum mitmischen sichern.

Es ist also viel los in der Arbeit der Enquete-Kommission des Landtages. Schließlich geht es um nicht weniger als eine gute Zukunft für junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Für Fragen und Anregungen zur Arbeit steht das Sekretariat der Kommission gerne zur Verfügung.





Schwerin ist UNESCO-Welterbe

Dank an alle Unterstützerinnen und Unterstützer

Das UNESCO-Welterbekomitee hat am 27. Juli 2024 in Neu-Dehli (Indien) entschieden, dass das Schweriner Residenzenensemble als Weltkulturerbe anerkannt wird. Das Residenzenensemble umfasst das Schweriner Schloss sowie über 30 weitere Gebäude und Gärten, welche die verschiedenen Funktionen einer Residenzstadt widerspiegeln. Die Anlage am Ufer des Schweriner Sees zeugt von der letzten Blüte höfischer Kultur und Schlossbaukunst im Europa des 19. Jahrhunderts.

Das Schweriner Bewerbungsverfahren begann bereits im Jahr 2000. Seit dem Landtagsbeschluss im Jahr 2007 arbeiteten die drei Partner – die Landeshauptstadt Schwerin, die Landesregierung (Kultusministerium) sowie der Landtag MV – eng zusammen. Gemeinsam wirkten sie intensiv darauf hin, mit dem Anliegen auf die deutsche Tentativliste aufgenommen zu werden, was 2014 gelang. Am 1. Februar 2023 wurden die Antragsunterlagen schließlich offiziell

bei der UNESCO in Paris eingereicht. Am 27. Juli beriet das UNESCO-Welterbekomitee in seiner 46. Sitzung in Neu-Dehli (Indien) über die Nominierung des Residenzenensembles Schwerin und würdigte den Wert des Ensembles mit der Aufnahme Schwerins als Weltkulturerbestätte. Damit steht Schwerin in einer Reihe mit den Ägyptischen Pyramiden und der Chinesischen Mauer.

Mit einer Veranstaltung am 24. September 2024 im Plenarsaal dankte Landtagspräsidentin Birgit Hesse allen Unterstützerinnen und Unterstützern, die an diesem Erfolg mitgewirkt haben.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse: Mit dieser Feier möchte ich Ihnen allen ein herzliches ‚Dankeschön‘ aussprechen. Danke an die zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützer, an die unermüdlischen Akteure, an die Bürgerinnen und Bürger, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dafür gesorgt haben, dass dieses einzigartige Ensemble in sei-

ner Pracht und Schönheit erhalten bleibt und nun von der Weltgemeinschaft als wertvolles Kulturerbe anerkannt wird. Ihre Hingabe und Ihr Engagement haben diese außergewöhnliche Ehrung erst möglich gemacht.

Hervorheben möchte ich die vielen Ehrenamtlichen in Vereinen, wie Pro Schwerin, dem Welterbeförderverein oder dem Schlossverein, die die Bewerbung maßgeblich getragen und zu einer Bewerbung aus der Mitte der Bevölkerung gemacht haben. Gerade dies wurde und wird durch die UNESCO immer wieder als Besonderheit gewürdigt.

Am Ende der Veranstaltung überreichte die Landtagspräsidentin einen Spendenscheck an den Verein „Freunde des Schweriner Schlosses e. V.“, der sich mit seinen Projekten kontinuierlich für die Vervollständigung der historischen Ausstattung des Schweriner Schlosses einsetzt.

Fotos: Danny Gohlke



v.l.n.r. Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Gesprächsrunde zu den Anfängen der Bewerbung (2000-2014), v.l.n.r.: Dr. Reinkober (Landeshauptstadt Schwerin), Dr. Irmela Grempler (Landtagsverwaltung), Moderator Jürgen Hingst, Angelika Gramkow (1991 bis 2008 MdL, von 2008 bis 2016 OB), Dr. K.-D. Waedow (Pro Schwerin e.V.)



Gesprächsrunde zur Arbeitsphase (2014-2024) v.l.n.r.: Werner Hinz (Pro Schwerin e.V.), Dr. Christian Ottersbach (Kunsthistoriker), Moderator Jürgen Hingst, Dr. Rico Badenschier (Oberbürgermeister Landeshauptstadt Schwerin), Bettina Martin (Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten)



Joachim Brenncke (Vorsitzender Welterbe Schwerin Förderverein e.V.) und Landtagsdirektor Armin Tebben

Drei Tage Bürgerfest in Schwerin

Landeshauptstadt feiert den Tag der Deutschen Einheit

Tausende Menschen besuchten Schwerin rund um den Tag der Deutschen Einheit. Die Landeshauptstadt richtete vom 2. bis zum 4. Oktober den Festakt und die Feierlichkeiten aus. Unter den Gästen waren auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Neben offiziellen Terminen wie dem Gottesdienst im Schweriner Dom und dem Festakt im Staatstheater luden zahlreiche Stände aller Bundesländer und vieler Institutionen zum Verweilen ein. Den krönenden Abschluss bildeten an zwei Abenden die Konzerte der Band Juli und des Schlagersängers Roland Kaiser mit anschließender Lichtshow am Schweriner Schloss.

Auch Landtagspräsidentin Birgit Hesse würdigte den Tag der Deutschen Einheit: „Der 3. Oktober ist ein Tag der Freude. Wir feiern 34 Jahre deutsche Einheit und würdigen damit zuallererst den Mut derjenigen Menschen, die den Weg dorthin möglich gemacht haben. Der heutige Tag steht für Zusammenhalt und Zusammenwachsen, für die Lehren der Geschichte und zugleich für einen Neuanfang. Er erinnert uns daran, dass es sich lohnt, sich auf den Weg zu machen, Risiken einzugehen, Herausforderungen zu begegnen und die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir blicken nach vorn - gestärkt durch das Wissen um das, was war und zu uns gehört.“

Es ist großartig, dass Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr Gastgeber für die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit ist.“



**VEREINT
SEGEL SETZEN**



Anlässlich der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit sind am 2. Oktober die Präsidentinnen und Präsidenten sowie Direktorinnen und Direktoren der deutschen Landesparlamente, der Landtage aus Wien und Niederösterreich sowie des Deutschen Bundestages im Schweriner Schloss zusammengekommen. Landtagspräsidentin Birgit Hesse hieß die Besucher im Plenarsaal des Schlosses herzlich willkommen.

Im Rahmen einer Führung, die unter anderem durch das Schlossmuseum und über die Dachlandschaft führte, erfuhren die Gäste mehr über die Geschichte und heutige Nutzung des Schweriner Schlosses.



Fotos: Anton Fischer

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse am 2. Oktober Bürgerdelegationen aus allen 16 Bundesländern im Schweriner Schloss empfangen. Im Plenarsaal begrüßte sie die Gäste und dankte ihnen für ihr ehrenamtliches Engagement:

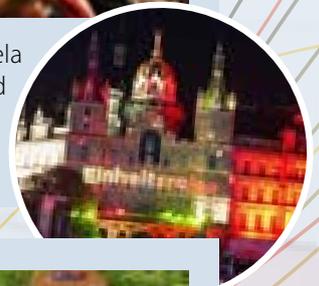
„Die Länder haben Sie stellvertretend für die vielen ehrenamtlich Engagierten benannt, um Ihnen gegenüber ihre Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Die Einladung, an den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin teilzunehmen, ist gleichzeitig Anerkennung und Ehrung für Ihr wertvolles Ehrenamt. Auch ich möchte Ihnen



Zum Tag der Deutschen Einheit hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse am offiziellen Gottesdienst im Schweriner Dom sowie am Festakt im Mecklenburgischen Staatstheater teilgenommen. Zum feierlichen Anlass sprachen



Bundeskanzler Olaf Scholz und Manuela Schwesig, Bundesratspräsidentin und Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, als Festredner.



Fotos: Staatskanzlei MV

Im Burggarten erfuhren die Gäste mehr über den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und seine Aufgaben sowie das Schweriner Schloss. Zudem informierte die Enquete-Kommission über ihre Arbeit. Ein Highlight für Kinder war das Schloss im Mini-Format - die Hüpfburg in Form des Schweriner Schlosses.





Landtagspräsidentin Birgit Hesse und die 1. Vizepräsidentin Beate Schlupp waren auf Einladung der Vereinigung Partnerschaft der Parlamente (PdP) und der National Conference of State Legislatures (NCSL) anlässlich der Präsidentschaftswahl sowie der Kongresswahlen in den USA. Sie nahmen in Atlanta, im US-Bundesstaat Georgia, an einem Austausch zwischen deutschen und US-amerikanischen Abgeordneten verschiedener Parlamente teil.

Der Besuch im so genannten „Swing State“ Georgia ermöglichte einen Einblick in den Ablauf sowie die Endphase der US-Wahlen. Das Programm sah unter anderem den Besuch des Parlamentes von Georgia, Gespräche mit Abgeordneten des dortigen Parlamentes, den Besuch eines Wahlkampfbüros und verschiedener Wahlkampfformate, Gespräche mit Wahlkampfteams der Demokratischen Partei wie auch der Republikanischen Partei, Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten sowie verschiedene Fachgespräche vor.

Die PdP ist eine deutsch-amerikanische Vereinigung der Länderparlamentarier. Ihr primäres Ziel ist es, Kontakte zwischen den deutschen Landesparlamenten untereinander sowie mit den Parlamenten der amerikanischen Bundesstaaten - den „State Legislatures“ - sowie der kanadischen Provinzen herzustellen und zu fördern.

Die NCSL vertritt die gesetzgebenden Körperschaften in den Bundesstaaten, Territorien und Commonwealths der USA. Ihre Aufgabe besteht darin, deren Effektivität, Unabhängigkeit und Integrität zu stärken, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu fördern sowie den gegenseitigen Informationsaustausch zu erleichtern.



In Waren an der Müritz wurde am 16. Oktober mit einer Gedenkveranstaltung an die Demonstration des 16. Oktober 1989 erinnert, welche den Beginn der Friedlichen Revolution in Mecklenburg-Vorpommern markierte. Vor Ort würdigte Landtagspräsidentin Birgit Hesse den Mut und das Erbe der Menschen, die damals gegen das SED-Regime auf die Straße gegangen waren:

„Eine Hoffnung lernt laufen – so lautete das Motto der Demonstration, die in Waren auf den Tag genau vor 35 Jahren stattfand. Auf diesen ersten größeren Demonstrationenzug im Norden der DDR folgten an den Tagen darauf ähnliche in weiteren Städten und Gemeinden des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen damals beehrten auf gegen ein System, das sie unterdrückte und mit Schießbefehl die Ausreise seiner Bürgerinnen und Bürger verhinderte. Sie beehrten auf, in völliger Ungewissheit darüber, welche konkreten Folgen dies haben könnte: für sie selbst, für ihre Familie, für andere ihnen nahe Menschen. Wir können den Menschen gar nicht oft genug danken, die sich damals mutig erhoben, eine Diktatur beendet und möglich gemacht haben, dass die Demokratie Einzug hielt. Diese zu bewahren ist unser aller Aufgabe und ganz sicher auch Vermächtnis derjenigen, die 1989 die Revolution getragen haben.“